

Annoncen-Annahme-Bureau
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrich & Co. Breitenstraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei T. Streifand, in Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danne & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidentank“.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Nr. 81.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 2. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Das Wahlergebnis.

Berlin, 31. Januar. Die untenstehende Tabelle zeigt, daß die Fortschrittspartei sich in ihrem Bestande erhalten hat und die Nationalliberalen die Kosten der Wahl mit einem Verlust von 22 Mann zu Gunsten der Konservativen zu tragen haben. Die Fortschrittspartei hatte incl. des Hospitanten Baumgarten bisher 37 Plätze. Darunter war Ziegler's Wahl erledigt und Kirchmann tatsächlich nicht mehr zur Partei gehörig. Nachdem von 20 Stichwahlen 18 zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallen (nur Zittau und Charlottenburg wählten ungünstig) hat die Partei incl. des aus der Nationalliberalen Partei ausgetretenen Wulfschein 36 Plätze, abgesehen davon, in welches Verhältnis die 3 Demokraten und die 6 elsässischen Autonomen zur Partei treten werden. Außerdem sind noch gute Aussichten für eine Nachwahl in Altona (Karsten). Auf die sog. Gruppe Löwe paßt die Bezeichnung der „12 Apostel“ nicht mehr, weil sie sich auf 10 Mann (meist Schutzkölner) vermindert hat. Die Nationalliberalen haben 22 Mann verloren, darunter 15 in den alten Provinzen Preußens. Außer 5 Mecklenburgern, 11 Ostpreußen und 1

Sachsen ist keiner von den 127 Nationalliberalen gegen einen von der Regierung unterstützten Kandidaten gewählt worden; die Wahl der meisten Nationalliberalen ist von den betreffenden Regierungen gewünscht und vielfach unterstützt worden. Die Sozialdemokraten haben es von 9 auf 13 gebracht, die Ultramontanen nur bei ihren elsässischen Hospitanten verloren. Der Reichstag bleibt im Großen und Ganzen unverändert bis auf eine kleine nach links stattgehabte Verschiebung um 5 Plätze. Kompromisse wie bei den Militärgelesen und Justizgelesen sind fernerhin nur möglich, wenn nicht mehr als höchstens 9 Nationalliberale dagegen stimmen. Die freikonservative Partei, auch deutsche Reichspartei genannt, wird durch 7 paritätische, sächsische und württembergische Abgeordnete ihren Charakter wesentlich ändern. Ebenso fragt es sich, ob die 39 Konservativen sich nicht in eine gouv. ernementale und eine oppositionelle Gruppe (unter Kleist-Rekowski's Führung) scheiden. — In Bezug auf die Haltung des Reichstages zu praktischen Fragen kann als feststehend behauptet werden, daß das Reichsbahnprojekt jede Aussicht auf Mehrheit verloren hat. Ebenso ist die schwache Mehrheit, welche sich bei der Strafgesetznovelle noch für den neuen Ranzelparagraphen ergab, verschwunden.

zens gegen den Feind gehen können. Zum Schlusse dieses Abschnittes heißt es: „So darf man denn hoffen, daß Holland und Skandinavien noch nicht so weit sind, ihre Geschwader von Preußen weggenommen und ihre Länder in die „natürlichen Grenzen“ nach dem Wunsche der amtlichen Geographen hineingezogen zu sehen.“

Die „Revue“ prüft sodann den Stand der Marine der betreffenden Staaten und hebt hervor, daß Schweden, Dänemark und Holland nicht in der Lage seien, eine kostspielige Panzerslotte zu errichten, wie „Preußen“, sie tröstet sich aber, daß Preußen in seiner Hast zu viel Panzerschiffe auf einmal gebaut habe, während inzwischen immer neue Verbesserungen erfunden seien, so daß die preussische Flotte in wenigen Jahren schon veraltet sein werde. Preußen habe sich entschieden „der Gunst Neptuns nicht zu erfreuen.“ Freilich muß die „Revue“ zugeben, daß Frankreich an seinem Theil seit 1870 in Betreff der Flotte gar nicht vorgeschritten sei und sich in einer weichen, noch glänzenden Lage befinde. Erst jüngst habe der Engländer John Bagot warnd gesagt: Die französische Flotte befinde sich nicht auf der Höhe der Weltstellung Frankreichs. Dies sei eine empfindliche Wahrheit: Frankreich habe sich nach einem verhängnisvollen Kriege sehr zurückhalten müssen; kostspielige Versuche seien nur den Reichen und den Glücklichen erlaubt.

Ebenso wie Frankreich, so wird weiter ausgeführt, hätten auch Schweden, Dänemark und Holland zunächst nur an ihre Verteidigung zu denken, und in dieser Richtung seien ihre Rüstungen schon bisher nicht gering zu schätzen.

Bei der Erörterung der maritimen Vorbereitungen Hollands glaubt der Verfasser an das Verfahren Preußens zur Zeit der Invasion Hannover's, des Nachbarlandes von Holland, erinnern zu müssen. Die damalige Lehre sei für Holland nicht verloren. „Kann man sich wundern, daß in Holland die Möglichkeit einer Annexion an Preußen oft besprochen wird? Der brutale that sächliche Erfolg erzeugt eine so große Verwirrung der Geister, daß man selbst in einem so patriotischen Lande wie die Niederlande von einer solchen Möglichkeit sprechen kann, ohne die Leidenschaften zu erregen.“ — An Holland ist die Reihe gekommen, den Ueberfall des mächtigen und ehrgeizigen Nachbarn zu fürchten, — obwohl man dort nicht dieselbe Sprache wie in Berlin spricht. Die deutschen Feiern, im Dienste des großen Kanzlers, die Vorläufer seiner politischen Operationen, gewissermaßen die Ulanen, die seinen Armeen voraneilen und für sie Quartier machen, sind nicht in Verlegenheit, andere Verwandtschaften zu erfinden, um die Länder, nach denen Preußen lüstern ist, für Deutschland in Anspruch zu nehmen.

„So sieht man denn, schließt der Aufsatz, — überall dieselben Besorgnisse in den Ländern, welche der Annexion ausgesetzt sind, bloß weil sie einem Stärkeren benachbart sind und seine Gelüste erwecken. In dem jetzigen Europa und Dank den Grundrissen, welche Preußen zur Geltung gebracht hat, fühlen sich alle Schwachen bedroht — Preußen trägt die Verantwortung dieser allgemeinen Unruhe. Dasselbe hat seine Waffen in den Dienst der unwürdigen Interessen gestellt: es hat seinen Nachbarn beraubt ohne Berechtigung und ohne anderen Zweck, als seine eigene Vergrößerung. Weder die legitimen Interessen der Monarchien, noch die Familienbande, noch die geheiligten Rechte der Völker haben es in dem Laufe seiner Annexion aufgehalten: es hat Kriege gegen alles Kriegesrecht unter den eitelsten und unheimlichsten Vorwänden begonnen und diejenigen niederschlagen lassen, welche ihre Heimath verteidigen wollten. Preußen hat den Glauben an alles Edle und Ehrwürdige und besonders den Geist der Vaterlandsliebe herabgezogen und die machiavellistische Politik Friedrichs des Großen in Europa mit Gewalt zur Geltung gebracht. Preußen hat vor der Geschichte eine große Verantwortung auf sich geladen, die größte, die es geben kann, durch die Verwirrung und Entartung der Geister, die aus dem Triumphe der Ungerechtigkeit hervorgeht.“

So das französische Blatt. Es bedarf keines Wortes der Erwiderung auf diese Verdächtigungen, für welche man in der Haltung der gesammten deutschen Presse, der amtlichen und außeramtlichen, sowie in den Äußerungen auf der Rednerbühne oder auf dem Rathder, in Universitäten und Schulen vergeblich nach irgend einem Worte der Begründung suchen würde.

Das Eintreten eines sonst so ernsten, besonnenen und leidenschaftslosen Blattes, wie die „Revue des deux Mondes“ in das gebäffige Treiben, giebt demselben eine erhöhte Bedeutung. Daß es sich dabei nicht um die Verirrung eines vereinzelter Mitarbeiter's, sondern um ein System handelt, davon zeugt ein unmittelbar folgender Aufsatz über die französischen Geschichtsforschungen der letzten Jahre, in welchem die Darstellung der Fortschritte französischer Forschung mit fortwährenden gebäffigen Seitenhieben gegen deutsche Gelehrsamkeit und gegen den deutschen Volkscharakter begleitet wird. Der Vergleich kommt zu dem Schlusse, — den teutonischen Stämmen, die von friedlichen Weitzkämpfen nichts wissen wollen, dürfe man zurufen: „Ihr habt uns besiegt, indem ihr uns, wie die Legionen des Varus, fast wehrlos überfallen habt; aber unsere Kraft ist nicht erschöpft, — sie fliehet lebendiger als je in unsern Adern. In den Fortschritten, auf die ihr so stolz seid, sind wir euch mindestens gleich, wenn nicht überlegen. — Nur in einem müssen wir euren Ueberlegenheiten anerkennen, wenn auch nicht beneiden. Ihr spionirt in unseren Büchern, wie es eben eure Gewohnheit ist, und stiehlt uns unsere Ideen. Die Lehre vom latrocinium honestum (von dem erlaubten Diebstahl), welche nach Tacitus bei den Germanen von jeher zum nationalen Unterricht gehörte, wird bei euch im großen Maßstabe ebenso von euren Gelehrten, wie von euren Soldaten gelehrt.“

Das ist der Geist und Ton, in welchem eines der ernstesten französischen Blätter vom deutschen Volke spricht. Man sieht: es ist System und Methode in der Lästerei.

Es wiederholt sich eben in der französischen Presse das frivole Spiel, wie es vor zwei Jahren geübt wurde, Deutschland zu schwächen und herauszufordern, mit dem stillen Vorbehalte, bei der naturgemäßen Zurückweisung von deutscher Seite hinterher über Bedrohung und Vergewaltigung zu klagen.

Unser offizieller Korrespondent begleitet den vorstehenden Artikel des offiziellen Organs mit folgenden Bemerkungen:

Berlin, 31. Januar. Der heutige Artikel der „Prov. Corr.“ über französische Verdächtigungen und Wühlereien gegen Deutschland dürfte in der politischen und diplomatischen Welt einiges Aufsehen machen. Es ist seit Jahren das erste Mal, daß das halbamtliche Blatt eigene Mittheilungen in dieser Richtung bringt, und schon in dieser Thatfache liegt die ungewöhnliche Bedeutung dieser Rundgebung. In der That aber fordert der Artikel der „Revue des deux Mondes“

	Protest-Kandidaten	Polen	Sozial-Demokraten	Ultramontane	Demokraten	Fortschritt	Liberal-Gruppe	National-liberale	Halb-Liberale (Wilde)	Freikonservative incl. Minister	Konservative und Ultrakonservative
Ostpreußen	—	—	—	2 (2)	—	7 (7)	0 (1)	1 (3)	—	—	7 (4)
Westpreußen	—	3 (4)	—	—	—	1 (0)	1 (1)	5 (5)	—	—	3 (3)
Berlin	—	—	2 (0)	—	—	4 (6)	—	—	—	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	—	4 (2)	—	4 (12)	—	2 (3)	10 (3)
Pommern	—	—	—	—	—	—	1 (1)	4 (3)	—	2 (1)	7 (9)
Posen	—	11 (10)	—	—	—	—	—	2 (2)	0 (1)	1 (1)	1 (1)
Sachsen	—	—	1 (0)	13 (11)	—	2 (4)	—	9 (8)	—	7 (10)	3 (2)
Schlesien	—	—	—	1 (1)	—	—	2 (2)	9 (12)	1 (1)	4 (4)	3 (0)
Schleswig-Holstein incl. Lauenburg	1 (1)	—	1 (2)	—	—	2 (1)	—	4 (5)	1 (1)	—	1 (0)
Hannover	—	—	—	6 (6)	—	—	—	11 (12)	—	2 (1)	—
Westfalen	—	—	—	8 (8)	—	1 (2)	4 (4)	1 (3)	—	—	3 (0)
Hessen-Rassau	—	—	—	2 (2)	1 (1)	2 (2)	—	8 (9)	—	1 (0)	—
Rheinprovinz	—	—	1 (1)	28 (28)	—	—	—	6 (6)	—	1 (1)	—
Baiern	—	—	—	31 (32)	—	3 (3)	2 (2)	10 (10)	1 (0)	1 (1)	—
Sachsen	—	—	7 (6)	—	—	2 (3)	0 (1)	7 (7)	—	7 (6)	—
Württemberg	—	—	—	3 (3)	1 (0)	2 (1)	0 (1)	1 (6)	0 (1)	10 (5)	—
Baden	—	—	—	2 (2)	—	—	—	11 (11)	—	0 (1)	1 (0)
Großh. Hessen	—	—	—	0 (1)	1 (0)	1 (0)	—	6 (7)	—	1 (1)	—
Nordd. Kleinstaaten	—	—	1 (0)	1 (1)	—	5 (6)	—	28 (28)	—	—	—
Saßg.-Lothringen	6 (8)	—	—	3 (7)	6 (0)	—	—	—	—	—	—
	7 (9)	14 (14)	13 (9)	100 (104)	9 (1)	36 (37)	10 (13)	17 (149)	3 (4)	39 (35)	39 (22)

grundständige Opposition
134 (136)

185 (204) Liberale

78 (57) Konservative

179 (174) Opposition bei den
Justiz- und Militärgelesen.

218 (223) Mehrheit bei den Justiz- und
Militärgelesen.

Eine genaue Statistik zeigt, daß bei der Wahl in Hagen nur etwa die Hälfte der Zentrumsparthei (in der Stadt Hagen) für Richter, die andere Hälfte aber (in Schwelm, Hardecke und kleineren

Orten) für den Nationalliberalen gestimmt hat. Dagegen haben die Sozialdemokraten, der öffentlichen Aufforderung ihres Komitees entsprechend, mit gewohnter Disziplin für den Nationalliberalen gestimmt.

großen Theile.“ Selbst wenn der Grundfals zugegeben würde, müßte man fragen, ob das Recht auf einen Theil gestattet, das Ganze zu nehmen? Es scheint, daß das preussische Gewissen sich mit solchen Auffassungen abfindet. Worauf es dabei ankommt, das sind die amtlich und mit dem Stempel der Regierung dem Geiste der Jugend eingepprägten Eroberungsansprüche.“

Gegen solche Aufklärungen über die Absichten der preussischen Politik die Augen verschließen, hieße den Vogel Strauß nachahmen, der den Kopf unter den Flügel verbirgt, wenn er sich vom Jäger zu nahe verfolgt sieht. Man darf sich daher nicht wundern, wenn die beunruhigten Völker sich zur Vorsicht veranlaßt sehen und an die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit denken. Die Frage ist nur, ob sie im Stande sein würden, sich selbst zu schützen, und bei einer kalten Berechnung der wahrscheinlichen Aussichten könnte man wohl zu einiger Entmutigung gelangen. Die erste Regel ist freilich nach dem alten Wort: „fais ce que dois, advienne que pourra“ — (thue Deine Pflicht, möge dann kommen, was kommen soll.) So hat Dänemark gehandelt, als es vor zwölf Jahren allein den Kampf gegen die erdrückende Uebermacht Preußens aufgenommen hat, in dem Augenblicke, wo Preußen auf Kosten von Schleswig-Holstein eine ernste Anwendung seiner Theorie von den natürlichen Grenzen gemacht hat. Dänemark ist mit Ehren unterlegen, indem es im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit Protest einlegte. Da die Konflikte zwischen so ungleichen Mächten gewöhnlich zum Schaden der Schwachen ausfallen, so könnte bei denselben, wenn sie keine anderweitige Hoffnung hätten, jede Neigung zum Widerstande erlöschen; es bliebe ihnen nur übrig, ihr Geschick mit fatalistischer Enttäuung zu erwarten. Glücklicherweise ist ihre Lage nicht so hoffnungslos; Europa giebt den Grundfals, daß das Recht der Gewalt weichen müsse, noch keineswegs zu. Es kann sich daher ereignen, daß das Recht sich in gewissen Augenblicken mit diesen oder jenen Interessen, die sich geltend zu machen im Stande sind, in's Einvernehmen setzt und daß jene Länder die Möglichkeit finden, sich auf diese Interessen zu stützen und denselben bei Verhandlungen oder auch im Kampfe die Hilfe ihrer Verteidigungsmittel zu gewähren. Wenn die Mitwirkung ihrer Landarmeen gegenüber Heeren von einer Million zu unbedeutend ist, so könnte die ihrer Marine dagegen ein größeres Gewicht in die Waagschale werfen, denn die preussische Flotte ist noch keineswegs unüberstehlich.

Es folgt nun zum Beweise dieser Versicherung eine Schilderung der vorzüglichsten natürlichen Befähigung und steten Gewöhnung der Bevölkerungen von Schweden, Dänemark und Holland in Bezug auf den Seebienst im Gegensatz zur preussischen Marine, deren Offiziere durchweg nur Landoffiziere seien, die zum Seebienste angelernt werden und die, ihrem naturgemäßen Elemente entzogen, nur unruhigen Her-

*) Es ist hierzu einfach zu bemerken, daß es in Preußen amtlich vorgeschriebene oder gar amtlich verfaßte Lehrbücher, wie in Frankreich, gar nicht giebt, und daß der Verfasser des in Rede stehenden Leitfadens wohl nur an die geographische, schwerlich an die politische Zusammengehörigkeit gedacht hat.

Französische Verdächtigungen und Wühlereien gegen Deutschland.

(Aus der Provinzial-Korrespondenz.)

Unter den feindseligen Äußerungen, welche in den letzten Wochen von Neuem aus Frankreich gegen Deutschland laut geworden sind, nimmt ein Aufsatz des soeben erschienenen Hefts der „Revue des deux Mondes“, vermöge der unbefrührten hervorragenden Stellung dieses Blattes innerhalb der literarischen und politischen Kreise Frankreichs eine besondere Beachtung in Anspruch.

Der Aufsatz handelt von den „Flotten zweiten Ranges in der Ost- und Nordsee“ und ist seinem gesammten Inhalte nach eine an Schweden, Dänemark und Holland gerichtete Warnung vor den Eroberungsgeheimnissen Deutschlands oder, wie das französische Blatt konsequent schreibt, „Preußens“, und zugleich eine Aufforderung, sich zur Abwehr der drohenden Gefahr zu rüsten und sich dabei auf verwandte Interessen zu stützen.

Der wesentliche Inhalt des Artikels ist folgender:

„Die Flotten von Dänemark, Schweden und Holland gehören zu denen, welche durch die furchtbare Nachbarschaft mit einer mehr oder weniger nahen Niederwerfung bedroht sind. Man ist darüber in den genannten Ländern nicht ohne Befürchtungen. Und die Befürchtungen sind keineswegs grundlos; denn sie werden durch ernste Anzeichen bestätigt. Preußen sucht seine Gelüste nicht zu verhehlen. Vor dem Kriege mit Frankreich machte es kein Geheimnis aus seinem Begehren nach Elsaß und Lothringen. Heute verbirgt es ebenso wenig seine Pläne auf Dänemark und Holland. Zur Vorbereitung des richtigen Augenblickes ist es gewohnt die „Reptilien“ der behaglichen Presse voranzuschicken und den Geist der preussischen Jugend durch die für den Unterricht bestimmten Musterchriften zu bearbeiten: Probeballons, die mit den größten Irrthümern gefüllt werden, und zu welchen angesehene Lehrer ihre Namen hergeben. Hier ein Beispiel, wie sich in einem amtlich vorgezeichneten Leitfaden ein Geograph ausdrückt, welcher Professor und Inspektor an einem Gymnasium zu Halle war: „Holland und Dänemark werden als Anhängel Deutschlands betrachtet, weil sie zum großen Theile innerhalb der natürlichen Grenzen Deutschlands liegen.“ Man hätte einen solchen Ausdruck früher als unverkündet angesehen, da weder der Holländer, noch der Däne die deutsche Sprache sprechen, beide Völker ihre eigene Geschichte und keinerlei Verwandtschaft mit Deutschland haben. Aber das Stärkste in der angeführten Stelle ist die Redewendung „zum

*) Anmerkung der „Revue“: Leitfaden für den Unterricht in der Geographie, — nach einem Citat in dem Buche: „Die bedrohten Grenzen Hollands.“

zu einer energischen Zurückweisung heraus. Als vor einiger Zeit die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Aufsatz der „Sentinelle“ abdruckte, der offen den Krieg gegen Deutschland predigte, erwiderte der „Moniteur universel“, man möge doch in Deutschland nicht Werth legen auf solche oblique Blätter aus der Provinz. Was sagt aber jetzt das offizielle Blatt der französischen Regierung zu dem Artikel eines Journals, das für das hervorragendste und tonangebende Organ Frankreichs gilt?

Der Telegraph bringt uns die bemerkenswerthe Nachricht aus Rom, (vergl. unser letztes Abendblatt), daß dem „Diritto“ zufolge ein Gerichtsdienster des Justizpalastes gestern (am 31. Jan.) dem Kardinal Ledochowski eine Anklage und die Vorladungskarte vor das Tribunal in Posen für den 7. und 8. Februar, um sich wegen der ihm zur Last gelegten Vergehen gegen die deutschen Kirchengesetze zu verantworten, übergeben hat. Wir haben auf die Möglichkeit dieses Vorgehens bereits in unserem Leitartikel vom 21. Sept. v. J. hingewiesen und damals zugleich die Gründe dafür angegeben, weshalb wir uns für heute begnügen, hier unsere damalige Äußerung abzurufen:

Graf Ledochowski hat, nachdem er durch rechtskräftiges Urtheil seines Amtes entsetzt worden ist, durch sein disziplinarisches Vergehen gegen einen Geistlichen seiner früheren Diözese (es handelte sich um das Schreiben an den Bischof von Breslau, welcher die Majestätsbeleidigung anerkannt hatte) bischöfliche Rechte ausgeübt, zu denen er nicht befugt war, und hat dadurch gegen das Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer verstoßen. Ferner hat Graf Ledochowski dem Pfarrer Brentz schwere Kirchenstrafen angedroht, welche das Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt verbietet. Graf Ledochowski ist zur Zeit noch preussischer Unterthan und kann wegen dieser Gesetzesübertretungen zur Verantwortung gezogen werden. Der Umstand, daß Graf Ledochowski zur Zeit außer Landes sich aufhält, hindert unseres Erachtens die preussische Justiz nicht, ein Verfahren gegen die Gesetzesübertreter einzuleiten, ihn vorzuladen und eventuell in contumacia zu verurtheilen.

So wird es auch allem Anschein nach geschehen.

Deutschland.

△ Berlin, 31. Januar. Einige Blätter melden, daß über die Theilnahme der Provinz Preußen bereits ein Gesetzentwurf fertig ist. Wichtig ist allerdings, daß dem Staatsministerium bereits ein vorläufiger Entwurf vorliegt, aber bloß als Anhalt für die erste Berathung vor der Einholung der allerhöchsten Genehmigung. — Die „N. Fr. Pr.“ in Wien konstatiert, daß die Aufhebung der deutschen Eisenzölle noch nicht den geringsten Einfluß zu Gunsten der österreichischen Eisenproduzenten geäußert habe. Der Export bleibe beschränkt trotz der niedrigsten Preise und des hohen Disagios der heimischen Valuta, welches den österreichischen Industriellen zu Gute komme. — Aus englischen Konsularberichten über den Handel Chinas im Jahre 1875 ergibt sich das interessante Faktum, daß nach Maßgabe der Schiffsahrtsverbindungen Deutschland im Verkehr mit dem himmlischen Reiche die dritte Stufe unter den Staaten einnimmt. In chinesische Häfen liefen in jenem Jahre ein 8277 englische, 3836 amerikanische, 1577 deutsche Schiffe, dagegen nur 239 französische, 73 spanische u. s. w.

Berlin, 31. Januar. Die heutige Etatsberathung im Abgeordnetenhaus gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung zwischen der Opposition und dem Ministerium in Betreff der amtlichen und halbamtlichen Presse. Vom literarischen Zentrum aus wurde der erste Angriff geführt, indem der Abgeordnete Gremer beim Etat des „Deutschen Reichs- und Preuss. Staatsanz.“ verschiedene Beschwerden gegen die Leitung desselben erhob und besonders die Eigenmächtigkeit, aus den parlamentarischen Verhandlungen nur die Ministerreden zu bringen, angriff. In der That läßt sich nicht läugnen, daß dies Verfahren eine Anomalie ist und ein gesetzliches Privilegium begründet, indem andere Blätter nur dann Strafflosigkeit für den Abdruck beleidigender Reden genießen, wenn sie, was weniger immer möglich ist, die parlamentarischen Berichte vollständig abdrucken. Doch die zur Abhilfe dieses Uebelstandes empfohlenen Mittel, der Staatsanzeiger solle die parlamentarischen Verhandlungen vollständig bringen oder auch keine Reden der Minister, denen es zu überlassen wäre, in den ihnen zugänglichen Blättern ihre Reden wörtlich abdrucken zu lassen, können als praktisch nicht anerkannt werden. Weit größer war die Opposition bei der Berathung des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke, wo die Fortschrittspartei die Führung übernahm. In diesem Fonds stecken auch die Ausgaben für die „Provinzial-Korrespondenz“ und die Fortschrittspartei hat alle Ursache, auf das offizielle Blatt ärgert zu sein. Dieser Stimmung gab zunächst der Abg. von Gauden-Tarputtsen Ausdruck. Hr. v. Schorlemer-Alst erklärte im Namen seiner ultramontanen Genossen, daß sie (natürlich aus anderen Gründen wie die Fortschrittspartei) die Position ablehnen würden. Recht unglücklich war die Vertheidigung des Ministers des Innern. Graf

Erdbeben.

Was sind Erdbeben? Was bringen sie zu Stande? Ueber diese Frage hielt der Wiener Astronom, der Entdecker der nach ihm benannten neuen Erdbebentheorie, Rudolph Falb, kürzlich in Berlin einen Vortrag. Er begann mit der Schilderung der Ereignisse des 7. Februar 1868. Er hatte damals in seiner astronomischen Zeitschrift „Sirius“ die an diesem Tage eintretende Mondnähe in Betracht gezogen und dabei allerdings nur an deren Einwirkung auf Ebbe und Fluth gedacht. Wohl brachte dieser Tag auch große Ueberfluthungen, namentlich in England, aber gleichzeitig liefen Nachrichten ein von Erdbeben. Es lag nunmehr die Frage nahe, ob hier ein Zufall oder ein kausaler Zusammenhang, ein Gesetz bestehe? Wenn die Erde in der That noch ein flüssiges Innere hat, so müßte dieses wie das Wasser des Meeres von dem in besondere Nähe getretenen Monde mächtig angezogen werden und Wellen schlagen, die an die Erdrinde pochend Erdbeben erzeugen müßten. Ein Vergleich, welchen Falb mit vielen vorangegangenen Erdbeben machte, stellte einen solchen Zusammenhang mit der Mondnähe fest. Neu war diese Ansicht nicht; schon der peruanische Astronom Georg Balivi hatte vor 200 Jahren, der Italiener Donato vor 100 Jahren und der Franzose Verrière 1854 auf einen ähnlichen Kausalzusammenhang hingewiesen. Da am 18. August 1863 abermals der Mond sich der Erde mehr als sonst näherte, so wies Falb in seiner Zeitschrift auf die abermals bevorstehenden Ueberfluthungen hin, wachte jedoch nicht, vom Erdbeben zu sprechen. Es kam der Tag und mit ihm Ueberfluthungen und furchtbare Erdbeben an der Westküste Amerikas. Auf's Neue drängte sich somit der Zusammenhang mit der Mond-Konstellation dem Beobachter auf. Wenn nun dieser Zusammenhang in der That bestand, so müßte er sich am 1. Oktober 1869 abermals erweisen, und war durch einen Erdbeben-Barockismus, d. h. durch häufigere und stärkere Erdbeben, als sonst. Wirklich trat das Phänomen auch ein: Manilla wurde durch Erderschütterungen zerstört, die Städte des Rheins wurden von Erdbeben heimgesucht, Ober-Italien, die Umgegend des Vulkans Piräus in Südamerika, wie Utag am Salzsee bekamen heftige Stöße. Es stand da jetzt an nur die Frage noch offen: Was für ein Phänomen

Eulenburg verschlangte sich hinter nationalliberale Blätter und that, als ob die „Prov. Corr.“ von ihren Abonnenten oder seiner Partei und nicht aus den Steuern des Volkes erhalten würden, wodurch er dem Professor Birchow gute Gelegenheit bot, die Ausführungen des Ministers ordentlich zu zergliedern. Der Führer des Zentrums suchte mit viel Aufwand von Sophisterei das Verfahren der Regierung gegen die Fortschrittspartei als eine Konsequenz der Kirchenpolitik seiner fortschrittlichen Bundesgenossen hinzustellen und lieferte eine ultramontane Karrikatur einer liberalen Rede. Das Haus bewilligte schließlich die Position, nachdem Lascher und Braun dafür eingetreten waren. Die nationalliberale Partei befand sich offenbar in einer mislichen Lage, sie konnte die Ausschreitungen der „Prov. Corr.“ nicht billigen und wollte nicht wegen des Mißbrauchs, welcher mit einem Theil der Summe getrieben wird, gleich das Ganze ablehnen. Wir haben eben keine parlamentarische Parteiregierung und so müssen die Liberalen auch manche konservativen Fehler bedenken, da sie keine Hoffnung haben, das konservative Ministerium zu stürzen.

— Die Geister der Reaktion treiben wieder im Geheimen ihren Spuk. Die sozialistische Machtentfaltung giebt ihnen Gelegenheit, das Gerücht auszusprengen, es sei zu unliebsamen politischen Erörterungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bis marck gekommen. Das „Tabl.“ bezeichnet das als Erfindung und bemerkt:

Im Gegentheil sind gewisse konservative Spezialitäten nach den neuesten Vorgängen auch bei Hofe nicht besonders gut angeschrieben, und daher mag es kommen, daß jetzt diese lahmgelegten Figuren ihrem Groll durch das Ausstreuen kleiner Schmutzhaufen Luft zu machen suchen. Nach Allem, was wir hören, ist der Reichskanzler vielmehr über den Ausfall der engeren Wahlen sehr erfreut, und sein Vertrauen in den Mittelparteien eine feste Unterstützung seiner Politik zu finden, ist erheblich gemindert. Wenn er irgend in seinem Verhältniß zu der Majorität des künftigen Reichstags eine Dissonanz zu fürchten hat, so kann dieselbe nur aus wirtschaftlichen Fragen herausfliegen. Zwischen der Regierung aber die Hoffnung auf einen erneuten Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch keineswegs aufgegeben, und wenn diese Hoffnung sich erfüllen sollte, so hat es auch mit jenen Differenzen sicherlich wenig auf sich. Wenn die Männer der Reaktion also den Glauben erweiden möchten, die Regierung und insbesondere der Reichskanzler sehe der bevorstehenden Reichstagsession mit einer gewissen Beunruhigung entgegen, so ist dies eitel Wind.

— Die „Kreuzztg.“ giebt bei Gelegenheit einer Polemik gegen die „Nat.-Ztg.“ folgende Erklärung ab:

Wir haben einzelne Regierungsmaßregeln als schädlich bezeichnet, aber niemals haben wir die Leiter des Staates beschimpft und verleumdet oder das Vertrauen an ihre Redlichkeit und Integrität zu erschüttern gesucht. Die sogenannten Aeraartikel, auf welche die „Nat.-Ztg.“ anspielen scheint, sind nicht unter der gegenwärtigen Redaktion der „Kreuzztg.“ geschrieben, und wir nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß wir mit der Fassung derselben nicht einverstanden sind. Wir müßten aber behaupten — und die „Kreuzztg.“ hat dies schon früher erklärt —, daß eine beleidigende oder gar verleumderische Absicht dem Verfasser fern gelegen hat.

Allzu klar ist diese Bemerkung gerade nicht. Wenn nicht mit der Fassung, so kann die neue Redaktion doch sehr wohl mit dem Inhalt der betreffenden Artikel einverstanden sein. Die „Nat.-Ztg.“ ihrerseits bemerkt dazu: „Die gegenwärtige Redaktion der „N. Fr. Ztg.“ haben wir nicht angegriffen und wollen das Zeugniß, das sie sich selbst ausstellt, keineswegs bestreiten. Aber den abgeschossenen Pfeil rufen die heftigsten Wünsche nicht mehr zurück und die Geschichte der Verleumdung wird nicht durch einen Redaktionswechsel aus der Welt geschafft.“

— Der Geschäftsumfang des Ober-Verwaltungsgerichts ist mit der Zeit so gewachsen, daß die Stellen, welche als Nebenamt verwaltet werden, sich als eine unhaltbare Einrichtung erweisen. Es hängt damit, wie bereits neulich gemeldet, der Rücktritt des Professors Gneist von seiner Stelle im Ober-Verwaltungsgericht zusammen, und jetzt verlautet nach der „N.-Z.“, daß auch der zweite Inhaber einer solchen Stelle, der Geh. Ober-Finanzrath Rhode, mit ähnlichen Absichten umgehen soll, da die Arbeitslast kaum zu bewältigen ist. Man hat daher auch bereits die Vermehrung der Rathstellen in Aussicht genommen und zwar zunächst um zwei. Diese Angelegenheit wird im Abgeordnetenhaus demnächst zur Sprache kommen; auch die Verstärkung der Bezirks-Verwaltungsgerichte ist man gewillt in Anregung zu bringen.

— Auf die Anfrage eines Kommissarius des Hauses der Abgeordneten, ob Aussicht vorhanden sei, daß die Einführung des Handels mit Spiritus nach Gewicht unter Zugrundelegung des Gewichtskalkulometers, statt wie bisher nach Maß, im Laufe dieses Jahres endlich nach Wunsch der Petenten geregelt werde, hat der Vertreter der Staatsregierung folgende Antwort ertheilt:

Aus Anlaß der erwähnten Petition ist die Normal-Eichungskommission des deutschen Reiches veranlaßt worden, die Ausführbarkeit der Messung des Spiritus nach Alkoholgewichtprojekten vom

haben wir vor uns und welche physikalischen Erscheinungen begleiten dasselbe?

Der Erdstoß zeigt sich in drei Formen: in einer senkrecht aufstößenden, einer welligen und einer spiralförmigen Bewegung der Erde. Die Dauer des Stoßes ist stets nur sehr kurz; so wurde 1753 Lifabon in 4 Sekunden zerstört, in Caracas wurden in zwei Sekunden 20,000 Menschen getödtet. So kurz der Stoß aber auch ist, so lange kann die Bewegung andauern, die er erzeugt. Niemals ward ein Stoß allein veripirt, stets folgen mehrere Stöße dem ersten und dieser ist auch stets der heftigste. Bei Erforschung der Erdbeben müssen diese Thatsachen alle mit erwogen werden. Die Erde kommt erst nach Monaten, ja Jahren zur vollständigen Ruhe. Die Erdbeben sind regelmäßig von einem Geräusch begleitet, daß selbst dann noch hörbar ist, wenn keine Stöße mehr erfolgen; es klingt dann, als ob die Erschütterung sich mehr und mehr nach Süden zurückziehen würde. Häufig sind auch elektrische Erscheinungen dabei beobachtet worden. Wenn die Erdbeben sich an mehreren Orten zugleich fühlbar machen, dann sind sie am stärksten da, wo sie ihr Zentrum haben; von diesem Punkte aus verbreiten sie sich radienförmig weiter, ihre Stärke nimmt immer mehr ab, bis sie ganz aufhört. Ein solches Erschütterungsgebiet kann eine gewaltige Ausdehnung haben, und es sind Erdbeben vorgekommen, deren Gebiet sich auf 1,000,000 Quadratmeilen erstreckte. Fest steht ferner die Thatsache, daß es Länder giebt, wo die Erdbeben zu Hause zu sein scheinen, daß sie in Gebirgsgegenden, wie den Anden, Corbilleren, Himalaya, Atlas, Balkan, Apenninen, Alpen und Karpathen häufiger als in den flachen Landen und daß sie periodisch auftreten. Nicht allein der Mond, auch die Sonne spielt hierbei eine Rolle.

Seit dem Jahre 800 nach Christi haben wir 5500 Erdbebenstage verzeichnet; dieselben vertheilen sich auf alle Monate des Jahres, jedoch so, daß sich ein erstes Maximum für den Januar, ein zweites für den April und ein drittes für den Oktober ergibt. Die wenigsten Erdbeben sind im Juni vorgekommen. Alle diese Erscheinungen müssen bei der Aufstellung einer Theorie ihre reelle Erklärung finden, soll sie richtig sein. Lange Zeit huldigte man der sogenannten Einsturtheorie, nach welcher die Erd-

technischen Standpunkt aus zu prüfen. Es hat sich dabei ergeben, daß der Herstellung eines Gewichtskalkulometers, mit der erforderlichen Tabelle zur Reduktion der scheinbaren auf die wahre Gradstärke, Hindernisse nicht entgegenstehen. Um dieses Ergebnis für den Uebergang vom Volumen zum Gewichtsverkehr nutzbar zu machen, bedarf es einmal einer Anordnung dahin, daß von einem bestimmten Zeitpunkt ab nur Gewichtskalkulometer von einer gewissen Einrichtung zur Eichung und Stempelung zugelassen werden. Dann aber wird es zur Vermeidung der Uebelstände, welche aus dem Nebeneinanderbestehen des Gewicht- und Volumensystems entstehen würden, nothwendig sein, die bisher üblichen Volumenskalkulometer außer Verkehr zu setzen. Ueber die nach beiden Richtungen zu treffenden Anordnungen, welche zum Theil eine Abänderung der Maß- und Gewichtordnung voraussetzen, schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen den beteiligten preussischen Verwaltungen und dem Reichskanzleramt, welches letztere, da es sich um eine das Maß- und Gewichtswesen betreffende Angelegenheit handelt, die zuständige und entscheidende Instanz in der Sache ist.

— Gelegentlich der Verleihung des Hosenbandordens an den Prinzen Wilhelm, ältesten Enkel der Königin Victoria, wird bemerkt: Der Orden zählt nun 50 Mitglieder, von denen Deutschland allein 11 stellt. Es sind außer der merkwürdigen Dreizahl, welche zum ersten Male, so lange der Orden besteht, dadurch gebildet wird, daß Vater, Sohn und Enkel (nämlich der deutsche Kaiser, der Kronprinz des deutschen Reichs und der Prinz Wilhelm) zugleich Ritter des Hosenbandordens sind, die Großherzöge von Mecklenburg-Strelitz und von Hessen, die Herzöge von Braunschweig, Sachsen-Meinungen und Sachsen-Coburg-Gotha, die Prinzen Ludwig von Hessen und Christian von Schleswig-Holstein, endlich noch der König von Hannover, also sämmtlich Verwandte der Königin Victoria.

Schweiz.

Bern, 28. Januar. Nach den Berichten, welche die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate dem Bundesrath auf seinen besondern Auftrag hin über die im Auslande herrschende Stimmung betreffend die Betheiligung an der nächsten pariser Weltausstellung eingesandt haben, ist dieselbe durchaus keine günstige. Daß Deutschland die Betheiligung abgelehnt, ist zur Genüge bekannt, und eben so, daß in Schweden und Dänemark keine große Lust dazu vorhanden. In Schweden hat das Kommerz-Kollegium geradezu davon abgerathen und in Dänemark hat eine Versammlung Industrieller an das Ministerium eine Eingabe gerichtet, welche nur, wenn die Regierung sämmtliche Kosten übernimmt, etwas davon wissen will. Was England, Belgien, Rußland und die Niederlande anbetrifft, so haben sich dieselben, trotzdem daß die französische Regierung schon im April v. J. die Einladungen zu der Ausstellung ergreifen, erst kürzlich zur Einsetzung von Kommissionen für Prüfung der Frage veranlaßt gefunden, und in Oesterreich und Italien werden die Kammern im Laufe des nächsten Monats entscheiden. Was Spanien und Portugal zu thun gedenken, darüber liegt noch kein Bericht vor; aber auch dort scheint der Gedanke vorzuschweben, daß die Einladung zu einer Weltausstellung in Paris, der Hauptstadt des Landes, das gerade jetzt mit dem Gedanken umzugehen scheint, durch Schutzzölle die fremde Industrie von seinen Grenzen fern zu halten, nicht sehr verlockend ist. Dies fühlt man ganz besonders auch hier in der Schweiz und selbst wenn der Bundesrath, welcher in den nächsten Tagen seinen Antrag an die Bundesversammlung betreffend Betheiligung oder Nichtbetheiligung formuliren wird, aus politischen Rücksichten für den mächtigen Nachbar sich im ersteren Sinne entscheiden sollte, dürfte der Beschluß dieser Behörde doch ganz anders ausfallen.

Italien.

Rom, 27. Januar. Die Feier des achten Jahrhundert-Tages der Demüthigung Heinrichs von Canossa am 27. Januar hat sich auf einen Artikel in der „Unita Cattolica“ beschränkt. Der Papst soll selbst von jeder weiteren Kundgebung abgerathen haben. — Dieser Tage wurde das päpstliche Handbuch La Gerarchia Cattolica für 1877 veröffentlicht, dem wir folgende Angaben entnehmen: Am 31. Dezember 1876 gab es 54 Kardinäle, 750 Erzbischöfe und Bischöfe von lateinischem Ritus, die in ihrer Diözese wohnen, 50 Erzbischöfe und Bischöfe von orientalischem Ritus, 270 Erzbischöfe und Bischöfe in partibus infidelium, 28 Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe, die keinen Titel mehr haben, 12 Prälaten nullius dioeceseos, im Ganzen 1175 Mitglieder der höheren Geistlichkeit. Während des Pontifikats Pius' IX. hatte die katholische Hierarchie folgenden Zuwachs: 24 Bischofsitze wurden zu Metropolitansitzen erhoben und 5 Metropolitansitze neu eingerichtet, 3 Bischöfe nullius dioeceseos ernannt; ferner 3 apostolische Delegationen, 33 apostolische Vikariate und 15 apostolische Präfecturen eingerichtet, zusammen 213 neue Stellen. — Nicotera ist diesen Morgen von Neapel nach Calabrien abgereist.

Frankreich.

Paris, 29. Jan. Der Moniteur äußert über die Friedens-Verhandlungen der Pforte mit Serbien und Montenegro:

behen durch gewaltige Zusammenbrüche im Erdinnern entstanden: schon Lucretius erwähnt in seinem Buche „De rerum natura“ diese Theorie, welche übrigens längst aufgegeben ist. Eine zweite Theorie schreibt die Erdbeben der Entwicklung von Dämpfen zu, welche mächtig gegen die Erdrinde pressen und so die Erde erschüttern; auch Humboldt unterstützte diese Ansicht, welche die Vulkane als Ventile der Erde ansah, durch welche eben jener Dampf entwich. Dann aber müßten die Erdbeben dort, wo die Vulkane sind, am seltensten sein, da doch die Ursache derselben, der Dampf, entweichen kam! Die Erfahrung aber lehrt uns, daß gerade Vulkangebieten am häufigsten von Erdbeben heimgesucht werden. An Stelle dieser unhaltbaren zwei Theorien hat man neuerdings von England her eine dritte aufstellen versucht; die Spaltenbildung im Innern der Erde sollte die Erdbeben erzeugen. Wäre dies richtig, so müßten die Erschütterungen nicht kreisförmig sich fortpflanzen, sondern in gerader Linie. Es muß ein Gesetz für das gewaltige Phänomen geben, und dies Gesetz muß auch alle dabei zu Tage tretenden Erscheinungen vollkommen erklären. Man müßte die Erdbeben mit dem Werdprozeß der Erde in Verbindung bringen, dann findet man einen Punkt, von dem aus sich die Erdbeben mit allen ihren Erscheinungen erklären lassen, und dieser eine Punkt ist der Abkühlungsprozeß.

Die Sonne bietet uns eine merkwürdige Kategorie von Erscheinungen, welche an vulkanische Ausbrüche auf der Erde erinnern. Es sind dies die Protuberanzen, die seit 1868 als glühendes Wasserstoffgas erkannt sind, welches in Folge großartiger Eruptionen emporragt, schwebend, Magnesium, Calcium, Eisen in Dampfform mit sich führt. In Folge der Abkühlung der Sonnenoberfläche entsteht ein mächtiger Druck im Innern, der sich schließlich in solchen bis zu 20,000 Meilen Höhe ansteigenden Eruptionen Luft schafft. Auch auf dem Monde müssen ehemals, als er in Abkühlung begriffen war, solche Ausbrüche stattgefunden haben, wie die 50,000 Krater, welche auf der uns allein zugewendeten Seite bereits konstatiert sind, deutlich erkennen lassen. Mittelflüßigen Schwefels, den man langsam abkühlen läßt, vermag man genau die in Folge des Abkühlungsprozesses entstehenden Eruptionen des heißen Innern zu verfolgen und man wird erstaunt sein, wenn zuletzt, nachdem die Abkühlung vollendet ist, ein reizendes Modell

Nach dem allgemeinen Eindrucke hat die Sache einen raschen Verlauf und kann zu einer befriedigenden Lösung führen; zwar kennen wir die Bedingungen der Pforte noch nicht näher, aber sie scheinen nicht über die Rückkehr zum Stande vor dem Kriege hinauszugehen; es heißt, die Pforte werde Montenegro vielleicht günstigere Bedingungen stellen; wir wünschen das, denn die Pforte würde einen Beweis politischer Einsicht geben, wenn sie in diesem Punkte den Anforderungen der Konferenz entspreche. Aber die wichtigste Tatsache ist die, daß Serbien von Rußland den Rath erhalten hat, auf Verhandlungen einzugehen. Nichts ist mehr geeignet, die hohe Weisheit des russischen Kabinetts zu bezeugen, dessen unparteiische Haltung die hohe Bürgschaft des Friedens unter den jetzigen Verhältnissen ist und bleibt.

Der russische Botschafter, Fürst Orlov, und der französische Minister des Auswärtigen, Herzog Decazes, haben Briefe aus Petersburg erhalten, welche bestätigen, daß der Kaiser Alexander dem Fürsten Milan geantwortet habe, er möge den angebotenen Frieden annehmen. — Der seit Donnerstag in Toulouse tagende Kongreß der katholischen Gesellenvereine hielt vorgestern seine Schlußsitzung. Der Deputirte und weiland Rittmeister Graf Mun führte den Vorsitz und hielt eine äußerst heftige Rede. Er sagte unter Anderem: „Die Stunde des Kampfes gegen die Revolution hat geschlagen; wir müssen mit der Festigkeit unseres Glaubens, mit unserer Anhänglichkeit an die Prinzipien der Kirche, mit der Macht der Vereinsbildung in den Kampf eintreten.“ Ungefähr 5000 Personen wohnten der Versammlung an; darunter der Erzbischof von Toulouse und auch, was einigermaßen auffallen muß, fast alle Zivil- und Militärbehörden der Stadt.

Paris, 30. Januar. Gegen die „Droits de l'Homme“, das Organ Rochefort's, ist, wie bereits mitgeteilt, wegen eines Feuilletons, das die Exekution des Bankiers Jeker unter der Schreckensherrschaft der Kommune schilderte, ein Preszetz eingeleitet worden. Ueber die Persönlichkeit Jekers enthält die „N. Fr. Pr.“ nachfolgende Mittheilungen:

Jeder, ein Schweizer von Geburt, hatte seit mehreren Jahren in Mexiko ein Bankgeschäft betrieben und die Konfession für verschiedene Bergwerke erwirkt, als im Februar 1859 der klerikale Präsident Miramon mit ihm einen Vertrag schloß, kraft dessen die ganze innere Schuld durch neue, von Jeker in der Höhe von 75 Mill. Franks zu emittirende Titel ersetzt werden sollte. Beide Kontrahenten sollten dabei ihr Geschäft machen. Miramon verschrieb beispielsweise dem Schweizer Bankier für baare 750,000 Piafter (3,800,000 Frs.) 14 Millionen in Schatzbons. Präsident Juarez, welcher 1861 aus Auster gelangte, wollte jedoch den Vertrag nicht anerkennen. Jeder ging nun nach Paris und bewirkte durch den Herzog von Morny (einen natürlichen Bruder Napoleon's III.), welchem als Belohnung ein Antheil von 30 Prozent zugesagt wurde, daß Frankreich für den Vertrag eintrete. Die auf diese Geldaffäre zurückzuführende Absendung eines Expeditionskorps nach Mexiko, sowie der mehrjährige französisch-mexikanische Krieg ist in Aller Erinnerung.

Ueber die Exekution Jekers während der Schreckensherrschaft der Kommune werden nun in den „Droits de l'Homme“ Enthüllungen gemacht, denen wir Folgendes entnehmen:

Es war am Morgen des 26. Mai, als von den an der Barrikade der Barrière du Trône befindlichen Kommunisten einige sich nach der Mairie des 11. Arrondissements begaben, um sich einige Geschosse zu verschaffen. Unterwegs machte einer der Kommunisten den Vorschlag, von den im Gefängnisse La Roquette befindlichen Geiseln wenigstens eine, nämlich Jeker, fesseln zu lassen, welcher Anfangs April, als er sich auf Grund eines falschen Passes bei Raoul Rigault auf der Polizeipräfektur einen Geleitschein erbat, verhaftet worden war. Die Kommunisten begaben sich denn auch, nachdem sie auf der Mairie mit dem bezüglichen Befehle versehen worden waren, nach dem Gefängnisse La Roquette, woselbst ihnen von dem Direktor gegen Empfangsbescheinigung der Gefangene Jeker übergeben wurde. Ueber die letzten Augenblicke desselben wird nun in den „Droits de l'Homme“ berichtet: „So kamen wir endlich auf das ehemalige Terrain der Gineßbrenner an der Barrière des Amandiers zwischen dem Pere Lachaise und dem Hügel von Belleville, wo zufällig an einer sechs Fuß hohen Mauer eine tiefe Grube gegraben war. Hier ließ der Mann (welcher die Exekution Jekers zuerst vorgeschlagen hatte) uns halten und wies Jeker seinen Platz an. Dieser wendete sich stumm und leichenblau, mit irren Blicken und schlaff geöffnetem Munde mechanisch nach der Stelle, warf seinen Hut zu Boden und rief, während wir auf ihn anlegten: „Verfehlt mich nicht!“ Er hatte noch nicht geendet, als ihn schon die vier Kugeln mitten in die Brust trafen. Seine Kniee wankten und er fiel rückwärts zu Boden. Der Kommandant trat auf ihn zu und schlug ihm zum Schluß mit dem Revolver den Schädel ein.“

Anlässlich dieser von uns im Auszuge mitgetheilten Schilderung der Exekution Jekers ist gegen die „Droits de l'Homme“ Anklage erhoben worden, weil mit Recht angenommen wird, daß der bezügliche Bericht auf Verherrlichung einer Handlung abzielt, welche von dem Gesetze als Verbrechen verpönt wird.

Großbritannien und Irland.

London. In den hochkirchlichen Kreisen von London war man schon seit längerer Zeit sehr entriistet über das Verhalten des Ver-

eisers der Pfarre von Satham (St. James), Reverend Arthur Tooth, der zur katholischen Sekte der Ritualisten gehört und beim Gottesdienst in seiner Kirche eine Menge der katholischen Rituale entlehnte Gebräuche eingeführt hatte, die den strengen Hochkirchlern ein Gräuel sind, so z. B. die Aufstellung angezündeter Kerzen auf den Kommuniontisch, die Erhebung der Hostie nach der Konsekration, das Läuten der Glocken u. s. w. Sowohl von Seite der Kirche wie des Staates wurde gegen den feigenen Reverend auf die Klage mehrerer Pfarrkinder eingeschritten. Der geistliche Gerichtshof (court of Arches) verwarf zuerst die von ihm eigenmächtig eingeführten Gebräuche und verhängte über ihn, im Falle er sich nicht fügen würde, die Absetzung. Tooth gab aber nicht nach, zelebrierte an mehreren Sonntagen den Gottesdienst in der verpönten Weise und provozierte dadurch Erreize in der Kirche zu Satham, indem das Publikum die Gelegenheit zu einer No popery-Demonstration energisch ergriff und den Gottesdienst durch Schreien und Schimpfen störte. Darauf wurde Tooth vor dem Grafschaftsgericht von Surrey, zu dem seine Pfarre gehört, wegen Verletzung des erst jüngst erlassenen Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Gottesdienstes angeklagt und das Gericht entschied, daß der Gottesdienst in den hierfür bestimmten Gebäuden der englischen Staatskirche nur nach den gesetzlichen Vorschriften abgehalten werden dürfe, daß aber Tooth nicht gehindert werden könne, in einem andern Raum den Gottesdienst in seiner Weise zu zelebrieren. Nun entstand ein doppelter Konflikt. Der Bischof protestirte gegen diese Anwendung des Gesetzes und überhaupt gegen die Einmischung des weltlichen Gerichts in den Streit zwischen ihm und seinem Untergebenen und sprach die unbedingte Absetzung des Reverend Tooth aus, indem er demselben zugleich die Kirchenschlüssel abfordern ließ. Tooth aber verweigerte sowohl dem weltlichen wie dem geistlichen Urtheil den Gehorsam und wollte sich in seiner Pfarre und in dem Rechte der freien Abhaltung des Gottesdienstes nicht fügen lassen. Deshalb wurde nun wegen Verachtung eines gesetzlichen Rechtsbruches die Haft über ihn verhängt, bis er sich unterwerfen würde. Er versuchte nun wohl, sich der Einsperrung in das Grafschaftsgefängniß von Surrey zu entziehen, indem er sich aus seiner Pfarre nach Turnbridge Wells begab, um wenigstens in das angenehmere Gefängniß der Grafschaft Kent gebracht zu werden. Aber auf den Rath seiner Freunde, seine Angelegenheit nicht unnütz zu erschweren, kehrte er am 22. d. M. nach London zurück und stieg bei einem Freunde, der in der Nähe des Gefängnisses von Horsefonger Lane (Surrey) wohnt, ab, wo er vom Sheriff verhaftet wurde. Als er in eine der Zellen für gewöhnliche Gefangene gebracht wurde, protestirte er dagegen, aber die Hausregeln gestatteten keine Ausnahme zu seinen Gunsten. Man ist nun allgemein gespannt, wie lange Tooth in Haft bleiben und welche Wendung die Sache nehmen wird.

Rußland und Polen.

Ueber den Gesundheitszustand der Südmarmee hatten sich nicht nur im Auslande, sondern auch in Rußland selbst sehr ungünstige Nachrichten verbreitet. Man erzählt sich in Petersburg und anderwärts, die Hälfte der Armee sei von unheilbarem Scharbot befallen und ein weiteres Fünftel am Typhus erkrankt; die Sterblichkeit sei eine außerordentlich große. Diesen Behauptungen tritt nicht nur die offizielle Presse entgegen, auch der Spezialberichterstatter der unabhängigen „Neuen Zeit“ äußert sich aus Rischneff in sehr günstiger Weise über die Gesundheitsverhältnisse der Armee, völlig übereinstimmend mit dem hier weilenden Oberbefehlshabenden des „rothen Kreuzes“, Herrn von Abese, welcher unterm 24. telegraphirt: „Heute und gestern habe ich, mit Bewilligung Sr. k. Hoheit des Oberkommandirenden die hier dislocirten Hospitaler bis in alle Details besichtigt. Der sanitäre Zustand der Truppen ist ein bewundernswürdiger: 1 Proz. Kranke. Schwere Krankheitsfälle sind sehr selten. Die Kranken werden vortreflich gepflegt; sie sind in großen hellen Zimmern plazirt. Die Luft ist überall ausgezeichnet. Je nach Nothwendigkeit werden die Kranken in Waggons 3. Klasse in das tiraspoler Hospital übergeführt. Während der ganzen Zeit ist solches etwa mit gegen 200 Kranken geschehen.“

Die signalisirte russische Zirkularnote soll nach der „Independance“ nicht eher erscheinen, als bis Fürst Gortschakoff von den Debatten, welche in den Parlamenten Deutschlands und Englands über die Resultate der Konferenz und die daran sich knüpfenden Entschliegungen stattfinden werden, Kenntniß erhalten haben wird. Da der Leiter der russischen Politik hauptsächlich darauf bedacht sei, die Einheit der Anschauungen Europas der Türkei gegenüber zu betonen, so halte er es für angemessen, diese Einheit vorher durch öffentliche und kontraktatorische Debatten auf die Probe stellen zu lassen.

Faktoren zusammenfallen und zusammenwirken, so muß auch die Fluth am stärksten sein. Die Luft bleibt natürlich hierbei nicht verschont, auch sie hat dann ihre Nachschluthage, es kommen gewaltige Strömungen in dem sonst ruhigen Abfluß der warmen Aequatorialluft und Zufluß der kalten Polarluft vor, die sich in heftigen Gewittern und Stürmen äußern. Die große Fluth vom 31. Oktober 1876, welche in Bengalen so furchtbare Verheerungen anrichtete, fiel gerade auf einen solchen Hochfluthtag.

Redner prophetezte „gewaltige Störungen“ für die allernächsten Tage und zwar für den 23. Februar, den 10. und 26. März 1877, da dies solche Hochfluthtage sind. Offentlich bleiben die bewohnten Gebiete der Erde von derlei gewaltigen Störungen verschont.

Höchst interessant war die Erklärung der bei den meisten Völkern vorhandenen Sinfuth-Sage. Er erklärte, daß 4000 Jahre v. Chr. die bedeutendste Sonnennähe auf den 23. September gefallen war, daß in Folge dessen kolossale Vulkanbrüche niedergehen mußten und so Ueberschwemmungen erzeugt werden konnten. Es ist dies die Sage von der Sinfuth, welche fast allen Völkern gemeinsam ist. Am 21. März des Jahres 6000 n. Chr. tritt der oben erwähnte 5. und 6. Faktor ein, es wird auch dann eine große Ueberschwemmung der Erde künftighin müssen. An einzelnen Beispielen wies Redner die Wichtigkeit seiner Theorie nach, die sich namentlich bei der Vorausbestimmung des Erdbebens, welches am 27. Juli und 8. August 1873 Belluno zerstörte und die sich bei der Vorausbestimmung der Eruption des Aetna am 27. Aug. 1874 glänzend bewährte. Die Erscheinungen, welche bei der Kreuzigung Christi zu Tage traten, wie Sonnenfinsterniß und ein Erdbeben, erklärte der Vortragende als vollkommen glaubwürdig. Thatsächlich liege sich für den 3. April 33 n. Chr. eine Sonnenfinsterniß nachweisen, bei welcher durch die verstärkte Attraktion des Erdinneren ein Erdbeben stattfinden konnte; jener 3. April fiel auch auf einen Freitag und der folgende Tag war der jüdische Ostertag. Die Erdbeben-Theorie, welche fals aufgestellt, begegnete zu Anfang vielen Widerstehen, ja wurde mit Hohn und Spott begrüßt; heute aber, so versicherte Redner, sei der Spott verstummt, und er habe die feste Ueberzeugung, daß die Natur sein bester Advokat sein werde und daß

die Zeit die vollste Anerkennung der Wahrheit bringen werde, die er gefunden zu haben glaube. (Frdbl.)

Man schreibt der „Politischen Korrespondenz“ aus Rischneff 24. Januar:

Auf Empfehlung des Generalstabs-Chief, General-Adjutanten Nepolitschitsch, hat der Kaiser den General-Major Dauberville, der durch längere Zeit in Serbien verweilte, zum Mitgliede des Generalstabs der Irregulären ernannt. Der General, welcher sich hier aufhielt, ist nach St. Petersburg abgereist, um sein Amt anzutreten. Die irregulären Wehrkräfte des Reiches werden eifrig organisiert, da ihre Mobilisirung in der nächsten Zeit erfolgen dürfte. Daß die Lage noch immer eine ernste ist, beweist das gestern publizierte Gesetz über den Wirkungskreis des Zivil-Kommissärs im feindlichen Lande. Die Truppen, welche in dem Venderer, Tiraspoljer und Ananjer Kreise bilozirt wurden, haben die Ordre zur Marschbereitschaft nach dem Pruth erhalten. Die dinstier Festungen sind vollständig armirt worden. Das Belagerungsgeheiß ist in Bielei und Chotim in mehrere Parks formirt worden. Der Train wächst immer mehr an, und es ist nur zu besorgen, daß er wegen seiner kolossalen Dimensionen — es sind bei 2000 Fuhrwerke und 5400 Pferde in den letzten drei Wochen zugewachsen — nicht schließlich ein Hinderniß für die Mobilität der Armee werde. Wie verlautet, soll General Ignatieff hier eintreffen, um in einer rein militärischen Angelegenheit mit dem Generalstabschef zu konferiren. Der Kommandant der Flotte und Häfen des schwarzen Meeres, Viceadmiral Arcas, soll dem Hauptquartier zugetheilt werden. Man vermutet, daß er die russische Flotille von Kanonenbooten, welche in Ismail und Galatz in die Donau gelassen werden sollen, zu befehligen bestimmt sei. Die Bemannung dieser Flotille befindet sich bereits vollständig am Pruth. Biewohl bis jetzt von einer Mobilisirung der aus 12 Regimentern bestehenden Garde offiziell noch nichts verlautet, so betrachtet man es doch als sicher, daß diese Elite-Truppe vielleicht schon im nächsten Monat zur Südmarmee stoßen werde, die dadurch einen Zuwachs von 54,000 Mann erhalten würde.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Von den durch die „N. fr. Pr.“ veröffentlichten Protokollen der Konferenz liegen nunmehr wiederum zwei, über die vierte und fünfte Sitzung, vor. Nach dem genannten Blatt war der Verlauf dieser Sitzungen folgender:

Zu Beginn der vierten Sitzung am 1. Januar d. J. ergriff der Marquis v. Salisbury das Wort, um sich über die imwischen den Konferenzmitgliedern eingehändigten Gegenanträge der Pforte auszusprechen. Er sprach sein Bedauern aus, daß in den letzten von den fremden Truppen und von der internationalen Kommission gar nicht die Rede sei, während über die Aufhebung des Zehnten, die Einhebung der Steuern, die Zusammenfassung der Gerichtshöfe, den Wahlmodus für die verschiedenen Räte die Pforte sich die Entscheidung vorbehalten habe. Folgende Punkte würden in den Gegenanträgen ganz verworfen: Amnestie, Gendarmerie, Errichtung einer Milit., Einföhrung der Landessprache neben der türkischen, Ernennung der Gouverneure auf fünf Jahre in Uebereinstimmung mit den Votschastern, Wahl der Mutesarrifs (Kreisvorsteher) durch den Gouverneur und Ernennung derselben für eine bestimmte Zeit, Kontonirung der Truppen in den Hauptorten der Festungen, Festsetzung jener Quote der Provinzial-Einkünfte, welche an die Zentral-Regierung abgeführt werden soll, durch eine unabhängige Behörde, und schließlich das Verbot, weitere türkische Ansiedelungen in Europa zu gründen. Die türkischen Bevollmächtigten hätten keine Abänderung beantragt, sondern die wichtigen Punkte in den Konferenzvorschlägen einfach abgelehnt. Er bitte sie, die schwierige Lage des Reiches zu bedenken, dessen Schicksal in ihren Händen liege. Die Mächte hätten nach ihrem besten Wissen eine Grundlage vorgeschlagen, um den Frieden wieder herzustellen, und sie seien bereit, auf derselben mit der Pforte zu verhandeln.

Safet Pascha erwiderte, die besten Einrichtungen seien die, welche den Sitten, Gebräuchen und Ueberlieferungen des Landes entsprächen. Der Großvezier habe die Vorschläge der Mächte aufmerksam studirt und diejenigen abgelehnt, welche ihm unüberwindliche Schwierigkeiten hervorgerufen hätten. Gegen einige der Vorschläge würden sich die Bevölkerungen auflehnen, deren Loos man verbessern wolle. Die Pforte sei bereit, fremde Offiziere zur Organisation der Gendarmerie in ihren Dienst zu nehmen; fremde Truppen jedoch, die das Land und seine Sprachen nicht kennen würden, wären eine große Gefahr. Stiefen einem dieser Ausländer ein Unglück zu, so würde Europa die Türkei dafür verantwortlich machen. Was die Mitglieder der Gerichtshöfe betreffe, so sei ihre Unabsetzbarkeit durch die Verfassung verbißt, die Gerichte selbst bereits eingeseßt.

Nun hat merkwürdigerweise Graf Bichy einen Einsall. Er sagt diesmal nicht, daß er der Meinung seines Vorredners sei, sondern er fragt, ob die Ausführungen Safet Paschas eine Antwort auf die Rede Salisbury's seien. Er bittet die türkischen Bevollmächtigten, zu bedenken, daß der Marquis v. Salisbury die Gedanken der sechs Mächte ausgesprochen habe. Die übrigen Vertreter stimmen ihm zu, General Ignatieff mit der hochfahrenden Bemerkung, nach seinen Instruktionen halte er jeden Vorschlag für unzulässig, welcher nicht auf der von den Vertretern der Mächte angenommenen Grundlage fuße.

Edhem Pascha erwidert, schon in der zweiten Sitzung habe die Pforte erklärt, daß sie gewisse Punkte unvereinbar mit ihren Rechten betrachte. Dahin gehörten die internationale Kommission, die fremde Gendarmerie, die Kontonirung der Truppen in den Festungen, die Bestimmungen über die Ernennung der Gouverneure, die administrative Theilung, die Vorschläge über Justiz und Finanzen, die Verlegung der türkischen Ansiedelungen nach Asien und die Ueberlassung verschiedener Orte an die Verwaltung Serbiens und Montenegros („miss sous l'administration“ — das Wort „Abtretung“ ist absichtlich ver-

die Zeit die vollste Anerkennung der Wahrheit bringen werde, die er gefunden zu haben glaube. (Frdbl.)

* Zur Beachtung für Wälle. Das „Herzoglich sachsen-altenburgische Amt“ und Nachr.-Bl.“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Nach einer anher erhaltene Anzeige werden zu Wallbleibern neuerdings leicht gewebte Stoffe verwendet, auf welchen sich ein glänzend, meist silber- oder goldfarbiger Metall- oder Glanz (sogenannter Krystallglanz) befindet. Ein großer Theil dieses Staubes löst sich während des Tanzens ab, durchdringt die Lufträume der Tanzsäle und ist von schädlichem Einflusse auf die Augen und Lungen der Anwesenden. Die unterzeichnete Behörde findet sich veranlaßt, vor Verwendung jener Stoffe hiermit ausdrücklich zu warnen. Altenburg, den 23. Januar 1877. Herzoglich sächsisches Ministerium, Abtheilung des Innern. v. Gerstenberg.

* Berlin, 30. Jan. Der „Bör.-Cour.“ schreibt: Wieder einmal erregt ein amerikanisches Duell in weiten Kreisen großes Aufsehen, wieder einmal ist eine Familie durch diese unsinnigsten aller „Erzungen“ neuer Zeit in tiefes Unglück gestürzt. Vorgestern Abend nämlich hat sich in einer Zelle des Admiralsgarten-Bades, wo er sich ein Bad herrichten ließ, ein junger Student, Jurist, durch einen Pistolenschuß entleibt, nachdem er vorher mit allergrößter Klarheit seine Dispositionen getroffen und Freunde brieflich beauftragt hatte, seiner Familie die nothwendigen traurigen Eröffnungen in schonender Form zu machen. Seine Briefe waren so abgefaßt, daß sie erst geraume Zeit, nachdem die That vollbracht war, an ihre Adressen gelangen konnten. In den betreffenden Mittheilungen war nur angegeben, daß der Grund seines Selbstmordes eben ein amerikanisches Duell sei, ohne daß weder der Kontrahent desselben, noch die Ursache angegeben war. Der Leichnam wurde Abends aus dem Bade fortgeschafft.

mieden.) Ueber diese Punkte könnten die türkischen Bevollmächtigten nicht einmal sprechen, über die anderen wollten sie in Berathung treten.

Ignatieff sagt, wenn man diese Punkte weglasse, so bleibe nichts übrig. Er habe das Programm Europas angenommen, und er halte sich nicht für berufen, Vorschläge zu diskutieren, welche sich von demselben entfernten. Graf Chaudordy ist gleichfalls der Ansicht, man habe nicht Stoff genug zur Berathung, wenn die oben erwähnten Punkte nicht berührt werden dürfen. Eobem Pascha wirft die Bemerkung ein, daß in Bezug auf die Gouverneure die Verfassung Vorsehung treffe. Salisburi und Chaudordy finden, daß die Verfassung der Willkür freien Spielraum lasse, und Baron Werther fügt hinzu, daß die Willkür durch die Verfassung gleichsam sanktionirt werde. Eobem Pascha, dem offenbar die Geduld zu kurz wird, erklärt es für schwierig, unter diesen Umständen die Berathung fortzusetzen. Graf Bourgoing und Graf Corti fragen ihn darauf sehr lebhaft, ob seine Bemerkung eine Weigerung oder eine Vertagung bedeute, worauf Eobem Pascha phlegmatisch erwidert, die Pforte würde die vorgeschlagenen Punkte (das heißt wohl mit Ausnahme der oben angeführten) einer Prüfung unterziehen. Ignatieff ist damit nicht zufrieden, sondern wiederholt die von Bourgoing und Corti gestellte Frage. Eobem Pascha fragt zurück, ob die Vertreter der Mächte das ganze Gegenprojekt der Türkei oder bloß einzelne Punkte desselben verwerfen. Chaudordy meint, das Projekt biete keine genügende Grundlage für die Berathung. Seinem Kollegen Bourgoing scheint das zu bößlich, und er wiederholt seine Frage, ob die Türkei die Vorschläge der Mächte verwerfe. Zum Schluß erklärt General Ignatieff, alle Bevollmächtigten hätten genaue Instruktionen, und was ihn betreffe, habe er den Auftrag, in die Berathung eines Projekts, welches mit den Vorschlägen der Mächte nicht übereinstimme, gar nicht einzugehen.

Die fünfte Sitzung vom 4. Januar ward fast ganz durch den Vortrag Eobem Pascha's ausgefüllt, in welchem er die Ablehnung verschiedener Punkte in den Vorschlägen der Mächte begründete. Er begann mit der internationalen Kommission zu deren Befugnissen nach dem Programme der Konferenz unter Anderem folgende gehören sollten: 1. Feststellung des Wirkungsbereiches der Bezirksräthe. 2. Sorge, daß die Minderheit des Kantons eine Vertretung finde. 3. Festsetzung einer 30 Prozent der Provinzial-Einkünfte nicht übersteigenden Summe als Beitrag zu den Staatsausgaben. 4. Ausarbeitung einer Spezial-Gerichtsordnung. 5. Ueberwachung der Durchführung derselben. 6. Theilnahme an der Untersuchung gegen die Urheber der bulgarischen Gräuelt, nebst dem Rechte, die gegen Christen gefällten Urtheile zu revidiren. 7. Sorge für die öffentliche Sicherheit. 8. Schätzung der von den Christen erlittenen Verluste und Bestimmung der Mittel, durch welche sie ersetzt und die zerstörten Kirchen wieder aufgebaut werden könnten. 9. Unterstützung der Bauern im Erwerb von Grundeigentum. 10. Ueberwachung der Heimkehr der Flüchtlinge. 11. Prüfung aller Klagen wider die Behörden. 12. Bestimmung der Grenzen für die Provinzen, die Kreise und Bezirke. 13. Ausarbeitung eines genauen Zeitplans für ihre Arbeit. Man brauche, sagte Eobem Pascha, nur diese Punkte anzuführen, um zu wissen, daß ihre Durchführung die türkische Regierungsgewalt aufheben würde. Die Pforte konnte ihnen darum nicht zustimmen. Dann wendete sich Eobem Pascha zu der Gendarmerie und versicherte, die Gründe nicht zu begreifen, aus denen die Vertreter der Mächte die Errichtung eines aus Fremden bestehenden Gendarmecorps vorschlugen. Die Aufrechterhaltung der Ordnung sei keine Aufgabe, welche den einheimischen Truppen unangenehm oder für ihren Glauben verlegend wäre. Die Pforte wolle sehr gerne fremde Gendarmen-Offiziere in ihren Dienst nehmen und ihre Gendarmerie ganz auf europäischem Fuße einrichten. Wollte man aber ein Corps von 4- bis 5000 Fremden errichten, so würden die Folgen sehr schlimme sein. Die fremde Truppe würde weder eine Landessprache noch die Gegend, weder die Gebräuche noch die Sitten kennen und, statt die Gemüther zu beruhigen, nur Aufregung und Verwirrung hervorbringen. Geschähe ein Unglück, so habe die Pforte keine Lust, die Verantwortung zu übernehmen. Auch sei in den englischen Vorschlägen von der fremden Gendarmerie gar keine Rede gewesen.

Eobem Pascha ging dann auf die Theilung in zwei Vilajets über. Die Vertreter der Mächte hätten zwar erklärt, der Name „Bulgarien“ sei ohne politische Absicht gebraucht worden; aber ihre Vorschläge ließen darauf hinaus, alle Bulgaren in den zwei beantragten Vilajets zu vereinigen, wo sie dann die überwiegende Mehrzahl bilden würden. In einem Augenblicke, wo die neue Verfassung die Trennung nach Völkern aufzuheben trachte, könne man auf ein solches Projekt nicht eingehen. Außer der mahomedanischen würden die beantragten zwei Vilajets auch eine starke griechische Bevölkerung umfassen. Die Konferenz sei also ohne Folgerichtigkeit vorgegangen. Wer das Land kenne, der wisse, daß die vorgeschlagene Theilung einen erbitterten Kampf zwischen dem bulgarischen und dem griechischen Elemente hervorrufen würde.

Die Beschränkung der Truppen-Kantonirung auf die größeren Städte und die Festungen, erklärte Eobem Pascha weiter, würde das Souveränitätsrecht des Sultans verletzen. Was die dreißig Prozent der Provinzial-Einkünfte betreffe, so habe weder die englische Note, noch das Rundschreiben Andraffy's eine solche Verfügung vorgeschlagen. Durch ihre Bewilligung würden unfehlbare Autonomie-Gelüste geweckt, deren Folgen man voraussehen könnte. Das Budgetrecht der künftigen Kammer würde dadurch illusorisch gemacht und eine ungesunde Ausnahmestellung geschaffen. Die Rechtspflege habe die Pforte in letzter Zeit so viel als möglich zu verbessern gesucht; ein eigener Abschnitt der Verfassung habe die Unabsetzbarkeit der Richter verkündet und die Ausfüllung der Ricken angeordnet, welche sich in der allgemeinen Gerichtsordnung befänden. Einer einzelnen Provinz könne man keine besondere Gerichtsordnung geben. Gute Gerichtshöfe seien das beste Mittel gegen die Willkür, und die Pforte wolle danach trachten, den englischen Forderungen in diesem Punkte gerecht zu werden; aber die Konferenz verlange für die nördlichen Provinzen eine besondere, vom Justizministerium in Konstantinopel unabhängige Gerichtsbarkeit.

Die auf fünf Jahre ernannten christlichen Provinz-Gouverneure (Balis), welche die Konferenz verlange, wären nicht mehr die Vertreter der kaiserlichen Regierung, sondern eine unabhängige Macht, welche den Anstoß in allen Verwaltungsfragen geben würde, statt ihn vom Ministerium des Innern zu empfangen. Darüber, daß der Bali auch ein Fremder sein könne, verlorne es sich gar nicht der Mühe zu reden. Nehme man die Bedingung an, daß die Ernennung des Gouverneurs an die Zustimmung der Mächte gebunden sei, so würde jede Ernennung eine diplomatische Frage werden. Was die Amtsdauer von fünf Jahren betreffe, so wisse die Pforte aus Erfahrung, daß der häufige Wechsel der Gouverneure ein großer Uebelstand sei. Artikel 39 der Verfassung lese indeß fest, daß künftig kein gesetzlich ernannter Beamter ohne gesetzlichen Grund abberufen werden könne. Gegen die christliche Religion der Gouverneure habe die Pforte nichts einzuwenden, sie wolle aber die Mahomedaner nicht ausgeschlossen wissen. Ein Grieche, Armenier oder Katholik hätte doch gewiß weniger Anspruch, Gouverneur einer Provinz zu werden, in der es weder Griechen noch Armenier, noch Katholiken gebe, als ein Muselman, der dort zahlreiche Glaubensgenossen besitze. Gegen Willkürakte eines nach den Vorschlägen der Mächte ernannten Balis würden die Bevölkerungen keineswegs geschützt sein, da derselbe die Gewalt eines Diktators besäße. Was schließlich die Tabaken-Kolonien anlangt, so seien die Umstände bekannt, unter denen die Pforte diesen Unglücklichen, von denen die Hälfte unterwegs zu Grunde ging, eine Zuflucht gewährte. Sie nach Asien zu übersiedeln, wäre ein Eingriff in das persönliche und Eigenthumsrecht und eine Verletzung der Verfassung. Ueber die Anfügung neuer Gebiets-theile an Serbien und Montenegro hätten die türkischen Bevollmächtigten bereits ihre Ansicht ausgesprochen.

„Wie soll man diesen letzten Satz verstehen? Mit diesen Worten unterbrach General Ignatieff das Stillschweigen, welches Eobem Pascha's Rede folgte. „Wir halten am status quo fest,“ lautete die Antwort. General Ignatieff fragte weiter: „Was nimmt die Pforte von den Vorschlägen der Konferenz an?“ — „Das steht in unseren Gegenvorschlägen,“ war die Erwiderung. Nun drückte der Marquis

v. Salisburi sein Bedauern aus, daß in der Rede Eobem Pascha's gar keine Erwähnung von Bürgerchaft gegen schlechte Verwaltung in Bulgarien geschehen sei. Die Unabhängigkeit des Bali sei zu wünschen, damit er nicht abgesetzt werden könne. Die türkischen Bevollmächtigten erwidern, indem sie Beispiele von Balis anführen, die sehr lange auf ihren Posten geblieben seien und die Vorzüge der Stabilität anerkennen. Die türkische Regierung könne sich jedoch nicht die Hände binden. Graf Bourgoing sagt, die Konferenz wolle eine Bürgerchaft für stabile Zustände. Graf Chaudordy fügt hinzu: Wenn die Ernennung der Gouverneure unter Zustimmung der Mächte erfolgte, so würde das eine werthvolle Bürgerchaft sein. Sämmtliche Diplomaten verlangen eine Bürgerchaft. Die türkischen Bevollmächtigten bleiben bei ihrer Ansicht. Salisburi bemerkt, auch in dem Rundschreiben Andraffy's sei von einer Kontroll-Kommission gesprochen worden, und die Pforte habe zugestimmt. Man erwidert ihm treffend, jene Kommission hätte von der türkischen Regierung ernannt werden sollen, und das wäre etwas ganz Anderes gewesen. Graf Zichy bedauert, daß die Pforte jetzt weniger gewähren wolle, als in dem Augenblicke, da sie die Note vom 30. Dezember 1875 empfing. General Ignatieff beklagt, daß die Pforte insofern sei, indem sie Montenegro die Grenzberichtigung verweigere, welche Europa verlange. Konstantinofendi sei zweimal, im Dezember 1875 und Ende November 1876, beauftragt worden, direkt mit dem Fürsten Nikolaus auf Grund von Gebietsabtretungen, selbst des Hafens von Spiza, zu unterhandeln. Graf Zichy erklärt — daß er der Meinung seines Vorredners sei. Damit hat die Sitzung, die zu gar keinem Ergebnisse geführt hat, ihren würdigen Abschluß.

Belgrad. An die in Belgrad akkreditirten diplomatischen Agenten der Großmächte hat Herr Ristic unterm 4. Januar die nachfolgende Note gerichtet:

Herr Agent! Nachdem die schiedsgerichtliche Kommission zur Regelung des Waffenstillstandes vor ihrem Auseinandergehen unter dem 15. Dezember v. J. den Oberkommandanten der serbischen Armee davon benachrichtigt hat, daß nunmehr alle Reklamationen an die Vertreter der Mächte in Konstantinopel zu richten sind, habe ich die Ehre, folgende Thatfachen zu Ihrer Kenntniß zu bringen, und Sie zu bitten, davon gefälligst Sr. Excellenz dem Botschafter . . . in Konstantinopel Mittheilung zu machen.

1) Die internationale Kommission hatte ihre Arbeiten noch nicht beendet, als die Türken das zufolge der Entscheidung der Kommission im serbischen Besitze verbliebene, an der südböhmischen Grenze von Serbien gelegene Dorf Salach angegriffen und sich desselben bemächtigten, nachdem die serbischen Vorposten sich zurückgezogen hatten. Bei dieser Gelegenheit nahmen die Türken zwei Mann gefangen, die sie noch nicht freiließen, obwohl die Kommission sofort gegen diese Verletzung ihrer Vorschriften protestirte.

2) Nach einem Berichte des Kommandanten der Morawa-Armee vom 31. Dezember haben sich die Türken in den in der neutralen Zone gelegenen Dörfern Trebutin und Subac (bei Zankowa Clisura) festgesetzt und führen dieselben sowohl ihre eigenen Waffen, als auch aratische Hinterlader.

3) Am 27. Dezember haben die serbischen Vorposten bei Novi-Bazar den Obersten Osman Bey von Novi-Bazar und zwei Unteroffiziere, Ali Tschamusch Suari und Arif Unbalcha, verhaftet. Osman Bey ist bei Bacu-Potok in die serbische Vorpostenkette eingetreten und hat über Aufforderung der serbischen Schildwachen sofort die Waffen niedergelegt. Er behauptete, von Ibrahim Eobem Pascha den Befehl erhalten zu haben, sich in das Dorf Kibiza zu begeben, um dort mit Ibrahim und dem serbischen Truppen-Kommandanten zusammen zu treffen. Dies ist jedoch eine Unwahrheit, denn der Kommandant des Morawa-Corps, Oberst Leschjanin, versichert in seinem Berichte, daß für diesen Tag keine Zusammenkunft des serbischen Kommandanten mit dem türkischen projektiert war.

4) Nach einem Berichte desselben Kommandanten erschienen 13 türkische Kavalleristen von der regulären Kavallerie, darunter Mehmed Efendi (Meimar-Tabin) von Novi-Bazar, am 29. Dezember Abends vor den serbischen Vorposten bei Bacu-Potok und biegen diese, sich zurückziehen. Als die Vorposten sich auf ihre Instruktionen beriefen, erwiderten die Türken, daß sie den serbischen Kommandanten befehlen würden, die Vorposten von da zu entfernen. Sodann kehrten sie in Galopp nach Novi-Bazar zurück.

5) Nach einem Berichte des Kommandanten der Morawa-Armee durchzogen bewaffnete Türken fortwährend die neutrale Zone bei Gordjanika und Novi-Bazar. Sie stellten in dem in der neutralen Zone befindlichen Orte Bragognitz einen Posten auf, nähern sich in einem fort den serbischen Vorposten und schreien diese an.

6) Nach einem Berichte des Kommandanten des Drinacorps überschritten einige Bashi-Bouks bei Jastok in der Nähe von Javor die Demarkationslinie und raubten einige Ochsen. Als die Bauern dies bemerkten, verfolgten sie die Türken und schossen auf die Räuber, welche sodann unter Zurücklassung der Beute die Flucht ergriffen.

Ich erlaube, Herr Agent, um Ihre wohlwollende Intervention, damit die nöthigen Maßregeln zur Hintanhaltung der Wiederholung solcher Fälle ergriffen und namentlich das Dorf Salach den serbischen Truppen wieder übergeben und die seitens der Türken gefangenen zwei Mann freigelassen werden. Genehmigen Sie z. z.

Griechenland.

Athen, 27. Jan. Von hier wird der „Times“ telegraphirt:

Dr. Schliemann hat in Mykenae den Eingang zu einer doppelten kreisförmigen Metropolis entdeckt und in einem Grabe vier goldene, 18 Centimeter hohe und reich verzierte Vasen, ferner zwei goldene Siegelringe, sowie sieben weibliche Figuren gefunden. — Anfang des nächsten Monats wird Mr. E. L. Newton, vom britischen Museum in London begleitet von Mr. Percy Gardner, dem Custos des Münzen-Departements, nach Athen reisen, um die von Dr. Schliemann in Mykenae ausgegrabenen Gegenstände einer Prüfung zu unterziehen und darüber der englischen Regierung Bericht zu erstatten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 1. Februar.

— Ueber die Landtagsabgeordneten, welche als neu gewählt der freikonservativen Partei beigetreten sind, bringt die „Post“ einige Notizen. Unter ihnen befinden sich drei unserer Provinz-angehörige Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Herr Stephan von Dzierzowski, königlicher Landrath und Rittergutsbesitzer auf Schloß Meseritz, vertritt im Abgeordnetenhaus die Kreise Meseritz und Bomsch. Er ist am 24. Dezember 1828 geboren. Herr Bernhard Schopis, am 19. März 1819 in Gumbinnen geboren, ist seit März 1848 königlicher Landrath des Kröbener Kreises in der Provinz Posen. Er ist in das Abgeordnetenhaus für die Kreise Kröben-Fraustadt gewählt, welche er auch schon in den Jahren 1855-58 vertreten hat. Der Abgeordnete Herr Otto ist königlicher Ober-Regierungsrath in Bromberg und Dirigent der II. Abtheilung der königlichen Regierung daselbst. In das Abgeordnetenhaus hat ihn der 22. hannoversche Wahlkreis (Zellerfeld) entsendet. Er steht im 51. Lebensjahre.

— Das Vorgehen der Staatsbehörden gegen die vor Erlaß der Maigesetze angestellten Vikare, welche bisher ungeführt die durch den Tod oder Weggang des Inhabers erledigten Pfarrstellen interimistisch verwalteten, ist, soviel bekannt, zuerst gegen den Vikar in Czempin zu Tage getreten. Jetzt meldet der „Kurier Pozn.“ als zweiten Fall, daß der kommissarische Verweser des Landrathsamts in Weßchen, dem Vikar Granałowicz in Miłosław die Aus-

übung pfarramtlicher Funktionen unterlag und ihn im Falle der Widerseßlichkeit mit Strafen bedroht, ihm auch zugleich die Kirchen-siegel und Kirchenbücher abgenommen hat.

— Der langjährige Vorstand der hiesigen königlichen Garnison-Verwaltung, Direktor Ortel, hat aus Gesundheitsrücksichten den erbethenen Abschied mit Pension bewilligt erhalten.

r. Das Kuratorium der Fortbildungsanstalt für Lehrer hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, zunächst nur für Französisch und Englisch Kurse einzurichten, dagegen von der Einrichtung der Kurse für Mathematik und Naturwissenschaften vorläufig wegen zu geringer Betheiligung Abstand zu nehmen. Behufs Feststellung von Ort und Zeit werden sich Dozenten und Theilnehmer an den ersten beiden Kursen nächsten Sonnabend, Nachmittags 6 Uhr, im Schul-hause auf der Allerheiligenstraße zu einer Besprechung versammeln.

r. Auf einem Hofhofs hinter dem Schwandthore gerieth gestern Abend ein Holstoft in Brand, welcher indeß, bevor das Feuer größere Dimensionen annehmen konnte, durch den Wächter und die herbeigeholte Hilfe gelöscht wurde.

r. Dem Berichte des Handwerker-Darlehns-Vereins für die Zeit vom 8. Mai bis 31. Dezember 1876 ist folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1848 trat eine Anzahl posener Bürger zur Berathung darüber zusammen, wie wohl am besten den durch die 1848er Wirren in Noth gerathenen braven Handwerkern zu helfen sei. Es wurde beschlossen, durch freiwillige Beiträge einen Fonds zu bilden und damit die Bürger-Unterstützung = u. Rettung = Anstalt zu gründen, deren Zweck sein sollte, braven heruntergekommenen Bürgern mit Darlehen bis auf Höhe von 50 Tblr. emporzuhelfen. Die Anstalt begann ihre Thätigkeit mit 100 Mitgliedern, im Jahre 1868 betrug die Anzahl der Mitglieder 130 und das Vereinsvermögen 11,000 M. Von da ab trat ein Wendepunkt ein: Das Vereinsvermögen war größtentheils ausgegeben, ohne daß der damalige Vorstand auf prompte Rückzahlung drang, die Anzahl der Mitglieder wurde von Jahr zu Jahr geringer und betrug im Jahre 1876 nur noch 40. Im Jahre 1872 war das letzte Darlehn an Mitglieder verabreicht worden; von da ab hatte die Thätigkeit des Vorstands ganz aufgehört, der Vorsitzende war gestorben, die Einziehung der fälligen Ausstände unterblieb und die Anstalt schloß. — Da traten im April 1876 Schlossermeister Nachtigal und Büchsenmacher Hoffman n, welche der Anstalt von Beginn an als Mitglieder angehört hatten, zusammen, und beschlossen in Verbindung mit anderen Mitgliedern eine Reorganisation. Es wurde eine Generalversammlung zum 1. Mai v. J. einberufen und in derselben ein neuer Vorstand gewählt. Dieser Vorstand übernahm von dem früheren Vorstand Herrn Grieser, der inzwischen verstorben war, die Bücher, Skripturen und das Vereinsvermögen, welches in 3713 M. baar und 8563 M. Ausständen gegen Schuldtheile bestand. Es wurde nun eine neue überfällige Buchführung eingerichtet und ein neues, den jetzigen Zeitverhältnissen angemessenes Statut entworfen, wonach die Anstalt jetzt „Handwerker-Darlehns-Verein“ genannt wird; es wurde ferner zur Einziehung der Ausstände, die vom Jahre 1855 an datirten, geschritten, und Propaganda beufus Vererbung der Mitglieder gemacht, deren Anzahl Ende Dezember v. J. bereits auf 109 gewachsen war. Bis Ende v. J. sind bereits wieder 7940 M. Darlehen an 60 Mitglieder bewilligt worden; von den 8563 M. Ausständen sind bis jetzt 4064 M. theils auf friedlichem Wege, theils durch Klagen eingegangen und schweben gegenwärtig noch einige zwanzig Klagen. Es wurden 2 Generalversammlungen, 28 Vorstandssitzungen im vorigen Jahre abgehalten. Vereinnahmt wurden 375 M. an Mitgliederbeiträgen, 420 M. an Zinsen, zusammen 804 M.; verausgabt wurden 484 M. an Verwaltungskosten und Gehältern, so daß demnach ein Reingewinn von 320 M. verblieben ist. Dieses Resultat ist mit Rücksicht darauf, daß anfänglich nur mit dem geringen Kapital von 3715 M. gearbeitet wurde und daß die Ausgaben bei der Reorganisation des Vereins ziemlich bedeutend waren, entschieden ein gutes Zeugnis zu nennen. Der Vorstand besteht gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern: Schlossermeister Nachtigal als Vorsitzender; Kaufmann Malade als Rentant; Mittelschullehrer Gräter als Schriftführer; Büchsenmacher Hoffman n als stellvertretendem Vorsitzenden; Tischlermeister Feist; Schlossermeister Hammer; Restaurateur Kuntner; Friseur Linne mann; Schornsteinfegermeister Teschke.

r. Der posener Bürgerverein hielt am 30. d. M. unter dem Vorhitz des Kaufmanns Kirsten im kleinen Lambert'schen Saale seine ordentliche Generalversammlung ab, in der zunächst der Jahresbericht pro 1876 verlesen wurde. Nachdem darin die Thätigkeit des Vereins in den Fragen der Bauordnung, der Kanalisation, der Schlagschneuer ausföhrlich dargelegt worden ist, wird der letzten Stadtverordnetenwahlten gedacht. Der Bericht schloß mit folgenden Worten:

„Bei dem Eintritt in diese Wahlbewegung war es dem Vorstande klar geworden, daß, wenn es irgend möglich sein sollte, ein Zusammengehen mit dem hier bestehenden Wahlverein, welcher ebenfalls die Stadtverordnetenwahlten in sein Statut aufgenommen, wünschenswert sei, um der Zersplitterung, welche vor zwei Jahren stattgefunden, auf dem Wege zu gehen. Es hat sich auch ein Modus gefunden, nach welchem die beiden Vereine und weiterhin die Vereinsvorsände die Vorbereitung zur Wahl treffen konnten und können wir nicht umhin, hiemit das Zeugnis abzulegen, daß der Wahlverein in coulantem Weise entgegengekommen ist. Wenn das Ergebnis der Wahlen indeß ein nicht so günstiges gewesen, wie wir es wohl gewünscht hätten, so lag die Schuld theils an den mehrfach ausgeführten Putzungen einzelner Wählerklassen, theils an den in Posen existirenden drei bekannten Parteien, welche nun einmal selbst auf dem Felde des kommunalen Lebens nicht zur Einigkeit kommen können. — Indessen haben wir doch einige Männer zu Stadtverordneten durchgebracht, welche gewiß in jedem Falle ihre Schuldigkeit thun und unserem Verein eine sichere Stütze sein werden. — Widen wir demnach auf die Thätigkeit des Vereins im verfloffenen Zeitraum zurück, so ist wohl nicht zu leugnen, daß dieselbe eine trotz des scheinbaren Stillstehens sehr angeregte gewesen und daß die Resultate für das Wohl der Stadt und ihrer Bürger nicht ungünstig gewesen sind. Hierbei ist indeß immer zu wiederholen, daß nur Wenige die Thätigkeit kultiviren und daß der größte Theil der Bürgerchaft und selbst unserer Mitglieder einem Indifferentismus huldigt, welcher Alles eben geben läßt, was es geben will. Hoffen wir, daß in der Zukunft mit der größeren politischen Reife auch auf kommunalem Gebiete größeres Interesse vorgerufen wird!“

Nach dem Jahresberichte wurde alsdann der Kasienbericht erstattet, nach welchem die Einnahme infl. Bestand vom Jahre 1875 481 M., die Ausgabe 481 M. betrug, so daß am Ende des Jahres 1875 der Kasienbestand sich auf 50 Mark belief. Nach Revision der Rechnungen durch den Provinzial-Feuer-Societäts-Sekretär Schall und den Kaufmann Krug wurde von der Versammlung dem Vorstande Decharge erteilt. — Zum Vorsitzenden für das Jahr 1876 wurde alsdann Kaufmann Kirsten, zum Schriftführer Minersmayer-Fabrikant Mattheus, zum Rentanten Maurermeister Asmus wiedergewählt; zu Beisitzern wurden gewählt: Techniker Dreiwitz, Posthalter Gerlach, Brunnenmeister Vollhase, Herr v. Zentow, Provinzial-Feuer-Societäts-Sekretär Schaller, Kaufmann Krug, Rentier Flegel, Auktionskommissarius Manheimer, Rentier Prossowski, Kaufmann Ad. Wich, Kaufmann Tunnmann, Kaufmann Magnus Wich. — Es fand schließlich eine Diskussion darüber statt, ob und inwiefern eine Abänderung des § 1 des Statuts wünschenswert sei, nach welchem der posener Bürgerverein bezweckt, „kommunale Angelegenheiten zu berathen und das Interesse der Bürgerchaft wahrzunehmen“. Es war von einer Seite der Wunsch ausgesprochen worden, der Bürgerverein möge nicht allein das Interesse der Bürgerchaft im Allgemeinen sondern auch das einzelner Mitglieder des Vereins in konkreten Fällen wahrnehmen. Da man jedoch das Vereinsinteresse, daß es jedem Mitgliede freistehe, beschreiben zu können, im Vereine vorzutragen, welche dieser alsdann, falls ein festliches Interesse vorliege, weiter vertreten und verfolgen werde, da überdies auch kein bestimmter Antrag gestellt wurde, so war

(Beilage.)

mit die Angelegenheit beseitigt. Die Versammlung, welche nach 8 Uhr Abends begonnen hatte, wurde 10 Uhr Abends geschlossen.

Schwerin a. M., 30. Januar. [Kantor Leutke f.] Gestern 1½ Uhr Nachmittag wurde die Leiche des hiesigen, im Alter von 56 Jahren 6 Monaten nach sechsunddreißigjähriger Dienstzeit am Herzschlag plötzlich verstorbenen Lehrers und Kantors Leutke zur Ruhe bestattet. Derselbe gehörte im Orte fast allen Vereinen an und hatte sich durch seine Liebeswürdigkeit und seine eifrige Thätigkeit die Achtung und Liebe aller seiner Vorgesetzten, Kollegen, sämtlicher Mitbürger und der Schüler erworben. Deshalb fand auch beim Leichenbegängnis eine sehr rege Theilnahme von Jung und Alt statt.

Bromberg, 30. Januar. [M t s e i n f ü h r u n g.] Vor einigen Tagen traf der neuernannte Ober-Regierungsrath H a n n, früher Landrath in Obornitz und zuletzt in Weiburg, hier ein. Heute wurde er, wie die „Br. Z.“ meldet, in das Kollegium eingeführt.

Bromberg, 31. Jan. [Zur Bürgermeistervahl. Stadtverordnetenwahl. Begräbnis. Todesfälle.] Von den sechs Kandidaten, welche sich um die hiesige Bürgermeisterei bewerben, hat sich neuerdings auch Herr v. Buchholz, Bürgermeister in Danzig, den Stadtverordneten vorgestellt. Ueber ihn hat vorgestern eine vertrauliche Besprechung seitens der Stadtverordneten stattgefunden, und wie verlautet, soll derselbe die meiste Aussicht haben, Nachfolger des Oberbürgermeisters Boie zu werden, wenigstens wird er mit dem Beigeordneten Völkner in Elberfeld, einem früheren Bromberger, und dem Kreisrichter Richter aus Birnbaum zur engern Wahl kommen. — Bei der gestern stattgehabten Erasmushauswahl von Stadtverordneten der II. Abtheilung sind die Herren Dr. Bange, Banquier Arons, Kaufmann Hugo Hecht und Gymnasiallehrer Dr. Brüggemann gewählt worden. Die Theilnahme an dieser Wahl ist eine sehr schwache gewesen, denn von 1147 Wahlberechtigten haben nur 70 Personen ihre Stimmen abgegeben, also nur 6 pCt. — Gestern wurde hier ein alter Veteran aus den Freiheitskriegen von 1813–1815, der Kammerkassier a. D. Siebert, welcher am 28. d. M. nach jurisdiktorischem 86. Lebensjahre verstorben ist, von einem großen Gefolge zur letzten Ruhestätte geleitet. Die Trauerrede hielt Pastor Kanitz, die Ehrensalven über das Grab wurden von der Schützenkompanie des hiesigen Landwehr-Vereins abgegeben. — Ferner verstarb vorgestern hier selbst der Senior der hiesigen Rechtsanwölfe und vielleicht auch des ganzen deutschen Reichs, Geh. Justizrath Dr. Schöpe im Alter von fast 98 Jahren. Unserer Stadt gehörte derselbe seit dem Jahre 1808 an, in welchem Jahre er zum Advokaten bei dem großherzoglich-märkischen Ziviltribunal ernannt wurde. Im vorigen Jahre feierte er sein 75jähriges Dienstjubiläum.

Schönau, 31. Januar. [Neue Kreischaussee.] Am 8. d. M. hat der Kreistag des Kreises Garnitz mit einer Stimme Majorität den Bau einer neuen Kreischaussee beschlossen, welche die Städte Filehne und Garnitz verbinden und von Garnitz bis an die Chobiesener Kreischaussee weitergeführt werden soll. Der Bau dieser Chaussee würde unter Berücksichtigung des Zuschusses, welchen der Staat gewährt, nach dem Vorschlage noch etwa 400,000 Mark kosten, welche der Kreis aufzubringen hätte und die beim Mangel an disponiblen Geldmitteln auf dem Wege einer durch Amortisation zu tilgenden Anleihe zu beschaffen wären. Die Vortheile dieser Chaussee im Verhältnisse zu den Kosten derselben dürften mehr als zweifelsfrei sein. Die Städte Garnitz und Filehne, in welchen ein nicht unbedeutender Getreide- und Holzhandel betrieben wird, liegen beide an der schiffbaren Nege, Filehne außerdem an der Nibahn, und da die Entfernung zwischen ihnen 4 Meilen beträgt, Garnitz aber von der Bahnstation Schönau, mit der es durch Chaussee verbunden ist, nur 2½ Meilen entfernt ist, so würde zwischen Garnitz und Filehne ein kaum nennenswerther Frachtverkehr stattfinden. Allerdings wird Chobiesener von der im Bau begriffenen Eisenbahn Posen-Schneidemühl berührt werden und einen Bahnhof erhalten, für die Ortschaften des Kreises Garnitz aber, welche auf der Strecke von Garnitz bis an die Chobiesener Kreischaussee von der in Aussicht genommenen Chaussee durchschnitten werden, bleibt Garnitz nach wie vor Abzweigort, da es einmal bedeutend näher liegt als Chobiesener, dann auch, weil die Landwirthe wegen des billigeren Transports ihrer Produkte zu Wasser von Garnitz aus hier höhere Preise erzielen, als in Chobiesener. Alle diese Umstände haben den landwirtschaftlichen Verein des Kreises Garnitz in der letzten Sitzung vom 26. d. M. zu dem Beschlusse bestimmt, bei der königlichen Regierung zu Bromberg dahin vorstellig zu werden, daß dieselbe dem Eingange erwähnten Kreistagsbeschlusse vom 8. d. M. die Bestätigung versage. Voraussichtlich werden noch andere Kreiseingekommen in gleichem Sinne Eingaben an die königliche Regierung richten.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 27. Januar. Vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichtes kam heute die Anklagesache gegen den Küster M i n t u s zu Protokoll wegen Betrugs in zweiter Instanz zur Verhandlung. Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde lag war folgender: Jakob Mintus, 62 Jahre alt, seit einigen 30 Jahren Küster an der evangelischen Kirche zu Krotoschin, hatte früher nach seiner Angabe ein Privatvermögen von 9000 M. besessen, hatte aber durch verheißene Spekulationen nicht allein dasselbe verloren, sondern war auch tief in Schulden gerathen. Nachdem sein Kredit in Krotoschin zu wanken begonnen, war er im vorigen Jahre nach Berlin gereist, angeblich um von seinem Sohne, der dort Kaufmann ist, Geld zur Deckung seiner Verpflichtungen zu holen; von dort durch seine Gläubiger in Krotoschin zur Rückkehr veranlaßt, wurde er, hier angelangt, verhaftet, und die Anklage wegen Betruges in 10 Fällen gegen ihn erhoben, von denen jedoch im Laufe der Beweisaufnahme 3 fallen gelassen wurden. Der Angeklagte hatte von kleinen Beamten, Handwerkern, Gastwirthen, Wittwen u. dgl. durch den angeblichen hohen Zinsfuß verlockt, Darlehen von 45 bis 3000 M. entnommen und den Darlehensgebern 9 bis 40 pCt. Zinsen gezahlt. Sämtliche Darlehensgeber sagten vor Gericht übereinstimmend aus, sie würden dem Angeklagten, wenn er nicht für Andere, angeblich für höhere Beamte, sichere Geschäftsleute u. dgl. für sich selbst hätte Kredit haben wollen, gewiß nichts gebohrt haben. Durch diese Vorspiegelungen machte es Mintus, der ein jährliches Gehalt von nur 900 Mark hatte, möglich, daß seine Schuldenlast schließlich 54,851 M. betrug, die er allmählich im Laufe von mehreren Jahrzehnten von seinen Kommittenten kontrahirt hatte. Es war ihm dies einerseits durch seine

zu einem gewissen Vertrauen berechtigenden Stellung als Küster, andererseits durch das gefestigte, ehrbare Aussehen, welches er sich zu geben verstand, gelungen. Von dem Staatsanwalt wurde bei der öffentlichen Verhandlung darauf hingewiesen, daß man es hiebei mit einer „Dachauer Banke“, einem Spitzbuben-Falle, en miniature zu thun habe, und demgemäß die Verurteilung auf Grund des § 263 des Strafgesetzbuches wegen Betruges in 7 Fällen beantragt. Die Kriminalabtheilung des Kreisgerichtes zu Krotoschin verurtheilte in der öffentlichen Verhandlung am 7. Dezember v. J. den Angeklagten wegen Betruges in 7 Fällen zu 2 Jahren Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf gleiche Dauer. Gegen dieses Erkenntnis appellirte der Angeklagte. Die heutige Verhandlung endete mit der Bestätigung des Urtheils erster Instanz.

Vermischtes.

Elbing, 30. Januar. Man schreibt der „D. Z.“ vom Ueberfluthungsbereich: Langsam aber stetig fällt das Wasser sowohl im Elbingfluß als in dem ganzen überschwemmten Terrain. Schon marfieren sich höher herausliegende Dämme, die gesammelten Felsbrocken liegen noch tief unter Wasser. Die Alles überwölbende Eisdecke senkt sich allmählich, berstet und bricht an Gebäuden und Bäumen, trägt aber doch noch die schweren Stein- und Erdmassen, welche täglich auf Hunderten von Schlitten von der Stadt nach den Dammbrüchen geschafft werden. Diejenigen Brücke des Krafshobdammes, welche das Wasser in den Ellerwald einleiten, sind sämtlich durch Fackelwerke abgesperrt. Zur Zeit arbeitet man daran, den Damm an diesen Stellen durch Erdschüttungen wieder zu ergänzen. Die oberhalb gelegenen Brücke, welche Wasser aus dem Ellerwald in den Elbing abführen, bleiben natürlich bis zum Ausgleiche des Wasser-niveaus offen. Die Arbeiter am großen Bruch bei Fischersdamm haben heute einen wesentlichen anderen Anblick, als noch vor wenigen Tagen. Schlitten auf Schlitten entladen Berge von Fackeln und Steinen, die längs der beiden Dämmenden zu Mauern aufgebaut werden. Auf der Eisdecke des Kogatsdammes flackern helle Feuer, deren Wärme die Weiden schmelzt, die Wälder des Senftüdes zu flechten. Geschäftige Hände tragen Fackelbündel herbei, die das an dem südlichen Dämmende auf Stapel liegende, schon drei Fuß dicke Senftüde vollenden sollen. Mitten auf dem Strome werden eben lange Weidenwürste zu dem Negwerk verbunden, das einem neuen Senftüde als Unterlage dienen wird. Drüben aber, nördlich im offenen Wasser des Bruches schwimmt, von Brähmen umringt, vor Anker ein fertiges Senftüde. Der Bahnmeister steht darauf, und peilt die richtige Stelle, an der es niedergehen soll. Endlich stimmt auch die Richtung genau mit der Linie der Stangen, welche die Lage anderer bereits im Bruche liegender Senftüde angeben. Ein Wink des Kommandirenden — und aus den Brähmen entläßt sich ein Hagel von Steinen auf das schwimmende Fackelwerk, das überall gleichmäßig beschwert, langsam tiefer und tiefer sinkt, bis die unterhalb herausragenden zugespitzten Fackelköpfe es unten im Grunde mit der Erde verbinden. Am Sonntag sollte noch das sechste Senftüde hinzuntergelassen werden; mit dem 22. hofft man die Möglichkeit einer Arbeit über Wasser zu erreichen. Freilich ist damit erst die Grundlage für die Vermachung des Bruches gewonnen. Eine zweite, gleich starke Wand von Senftüden soll dann parallel mit der jenseits des Dammes gelegten, innerhalb des Strombettes erbaut werden, ehe die Wiederherstellung des Dammes zwischen diesen beiden Fackelmauern in Angriff genommen werden kann. Nebenbei werden die äußeren Umstände dem Werke so günstig, wie sie es jetzt sind, so erscheint die Hoffnung wohlberechtigt, daß es gelingen wird, bis zur Zeit des Frühjahrshochwassers einen widerstandsfähigen Nothdamm herzustellen.

„Das Hilfskomitee des Stadt- und Landkreises Elbing für die durch die Ueberfluthung Nothleidenden“ veröffentlicht folgenden Bericht:

„Unser Appell an das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes dem großen Unglücke gegenüber, das über unsere Gegend hereinbrochen, ist mit reicher Gaben-Spende von weit und breit erhört worden. Es sind unserer Hilfsliste bis jetzt circa 135,000 M. zugeflossen. Da durch den Rückfluß des einströmenden Bruchwassers auch die Draußen-Niederung, über den Landkreis Elbing hinaus, unter Wasser gesetzt wurde, so haben wir, im Sinne der Geber, geglaubt, die Verwendung der uns gespendeten Gaben auch auf die vom Unglücke betroffenen Bewohner des Marienburger und Br. Holländer Kreises erstrecken zu müssen, und haben wir uns zu diesem Zwecke mit den dortigen Hilfskomitees in Verbindung gesetzt. In erster Linie haben wir gesucht, dem Hunger und der Kälte zu steuern, welche die armen Ueberflutheten bedroht. Diejenigen Landbewohner, welche durch die Wasserfluth obdachlos wurden, haben wir theils in der geräumigen und heizbaren Turnhalle, theils in Privathäusern untergebracht und verpflegt sie dort. Die in ihren Wohnungen Verbliebenen werden unter Mitwirkung der Gemeindevorstände unterstützt, ebenso werden auch die in den niederen Theilen unserer Stadt durch die Ueberfluthung Betroffenen, denen unter Anderem durchgängig die Kartoffel-Vorräthe durch Wasser und Frost verdorben sind, in vorzüglicher Weise durch kleinere, wiederholte Gaben unterstützt. Die vielfach gespendeten warmen Kleidungsstücke und Wäse wirken in allen Fällen sehr wohlthuend dabei mit. Während wir so bemüht sind, allen Ansprüchen, welche die Bedürfnisse der Nahrung, Kleidung und Heizung an uns stellen, mit Vorsicht genügend zu befriedigen, haben wir doch den Hauptzweck der Unterstützungsgaben stets im Auge behalten und zu dem Ende den bei weitem größten Theil der gespendeten Summen sicher hinterlegt, um später die Drängen der am ärgsten Betroffenen einigermaßen stillen zu können. Noch deckt eine starke Eisdecke die weiten Gefilde unserer Niederungen; wenn aber das Eis geschmolzen, die Wasser verpornen sein werden, dann erst wird der Jammer der Verfluthung zu Tage treten, die das Unglück an dem Bestande der ärmeren Klasse angerichtet hat. Den größeren Besitzern wird wohl durch die Metastellungsgehalte, welche die kgl. Staatsregierung mit Bewilligung des Landtages hinsichtlich jenseitig gewährt wird, eine angemessene Hilfe zu Theil werden. Unser großer Ellerwald aber und die Ortschaften Krafshobdors, Bollwerk u. dgl. werden von einer zahlreichen Menge kleinerer Leute bewohnt, die nur ein Häuschen und 5 bis 10 Morgen Land ihr eigen nennen, von diesem fargen Besitze aus der Hand in den Mund leben und die nicht nur einem großen Schaden an ihren Wohnungen, sondern auch dem Verluste der diesjährigen Erträge entgehen. Andererseits giebt

es viele kleine verschuldete Hausbesitzer in dem überschwemmten Theile unserer Stadt, die nicht nur durch zerstörte Fußböden, eingestürzte Decken und Wände u. dgl. Schaden leiden, sondern auch durch den Verlust der Miete für längere Zeit in ihrer Existenz bedroht sind. Allen diesen, denen die einstige Wiederherstellung eines etwaigen Metastellaments-Darlehens unendlich schwer, ja zumeist unmöglich werden würde, hoffen wir aus dem reservirten Hauptfond der gespendeten Gaben eine hochwillkommene Entschädigung gewähren zu können. Freilich würde bei der großen Menge der so Betroffenen die Entschädigung der Einzelnen eine verhältnismäßige nur geringe sein, wenn wir nicht der Hoffnung leben dürften, daß die Quellen der Liebesgaben unserer deutschen Mitbürger, Angesichts des großen Umfangs der Noth, nicht sobald versiegen werden!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius W a f n e r in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 1. Februar. Der „Kreuzzeitung“ zufolge hätte das Ministerium den Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Preußen bereits einstimmig gutgeheißen. Das Abgeordnetenhaus setzte die zweite Lesung des Etats fort und genehmigte die Etats der Seehandlung, Münzverwaltung, Staatsdruckerei und Geflügelverwaltung unverändert im Ganzen nach unerheblicher Debatte.

Dobrycha, den 28. Januar 1877.

In Nr. 66 Ihrer Zeitung befindet sich ein Bericht aus Koschmin vom 23. d. Mts. (ein neuer Arzt bezeichnet) in welchem Behauptungen enthalten sind, die wir berichtigen müssen. — Der Berichtserfasser sagt: „Dobrycha sucht jetzt einen Arzt, jedoch wahrscheinlich vergeblich, da Koschmin zwei sehr tüchtige Ärzte, die weit über Dobrycha hinaus ihre Praxis ausüben, besitzt.“ Ohne der Tüchtigkeit der beiden in Koschmin befindlichen Ärzte, welche beide erst vor Kurzem die Universität verlassen haben, der geringsten Abbruch thun zu wollen, ist dies kein Grund, daß unsere Bemühungen erfolglos seien. Im Gegentheil, der behauptete Umstand, daß sie weit über Dobrycha hinaus ihre Praxis ausüben, spricht nur für die Berechtigung unseres Wunsches, in Dobrycha für Stadt und Umgegend einen Arzt zu besetzen.

Allerdings würden dann in Koschmin voraussichtlich nicht zwei Ärzte existiren können, und hier liegt das Bedenken. Die Behauptung dann, daß sich vor mehreren Jahren hier ein Arzt niedergelassen, aber in kurzer Zeit Dobrycha wieder verließ, weil er keine Einnahme erzielen, ist unrichtig. Im Jahre 1866, zu einer Zeit, als das Auftreten der Cholera befürchtet wurde, hatten die städtischen Behörden allerdings auf einige Zeit einen Arzt engagirt, aber denselben für immer zu gewinnen, lag nicht in der Absicht, weil eben die Persönlichkeit nicht zusagte. — Wenn im Jahre 1855 ein Arzt, der hier auch einige Zeit praktizierte, sein hiesiges Domizil wieder aufgab und nach Berlin ging, weil er eben in einer großen Stadt leben wollte, so beweist dies noch nicht, daß ein Arzt hier kein genügendes Auskommen haben würde oder gehabt hätte. Vor 22 Jahren hatte mancher Ort noch keinen Arzt, wo jetzt ein solcher schon seit lange eine schöne Praxis hat.

Für die die hiesige Stadt in der öffentlichen Meinung herabwürdigende und ihren Kredit schädigende Behauptung: „Inzwischen sind die Ernährungsverhältnisse in Dobrycha nicht besser, sondern schlechter geworden, und daß hier jeglicher Verkehr verschwunden ist“, überlassen wir dem Verfasser, den Beweis vor Gericht zu führen, da wir den Strafantrag gestellt haben. — Zur Illustration der Behauptungen des Herrn Korrespondenten führen wir nur einige altentworfene feststehende Zahlen an.

Die Einwohnerzahl von Dobrycha betrug:	
im Jahre 1855	1109
„ 1867	1198
„ 1877	1424

Der Magistrat.

Erklärung.

In einem „Gräs, 21. Januar“ datirten und „Martin G u z m e r“ unterzeichneten Eingangs d. Ztg. vom 24. Januar c. wird mir nach Verührung einer Angelegenheit des Kosteners Waisenhauses mit dem Propst Chwaliszewski, die Neigung zu freiwilliger Einmischung in Anderer Verhältnisse“ imputirt und dieser Vorwurf mit einem Appell an den Propst Ploke zu Schönauke begründet.

Sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Differenz wurde meine Intervention von berechtigter, weil gerechterweise interessirter Seite in Anspruch genommen und hätte, bei der moralischen Verpflichtung zur Verhütung eines Unrechtes an dem Waisenhause in dem einen und an meinen Eltern in dem anderen Falle, mir unter Pflichtverletzung abgelehnt werden können. Von einer nicht vorwurfsfreien Einmischung in Anderer Verhältnisse kann überhaupt um so weniger die Rede sein, als meine Auffassung in den betreffenden Angelegenheiten von der königlichen Regierung resp. von dem erbischoflichen Konsistorium durch Schaffung von Remedur anerkannt und früher auch von Gutmeyern approbirt wurde.

Bratlova in Galizien, 29. Januar 1877.

B. F a l l e n b e r g,
disziplinarisch entlassener Anstaltsgeistlicher.

Kleejamen - Enthüllungsmaschinen

für Kohlen- und Dampfbetrieb,
von einer seit 18 Jahren sich bewährende Konstruktion, liefere ich sofort als meinem Maschinenlager zu Markt 220.

Oskar Wunder, Breslau.

Schweidnitzer Stadtgraben 13, an der Schweidnitzer Straße.

Handelsregister.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1715 die Firma: **Adolph G i t e l e s**, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **Adolph G i t e l e s** zu Posen zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 26. Januar 1877.

Königl. Kreis-Gericht.

Aufgebot.

Ein Befehl d. d. Posen, den 15. Oktober 1873, fällig drei Monate nach der Ausfertigung, über 400 M. von **Paul Hochmuth** auf **Adolph Karminski** gezogen und von diesem zur Zahlung an des Traffanten eigene Ordre acceptirt, welcher von letzterem

an **H. W. T i g e**, von diesem an das königliche Bank-Comptoir zu Posen und endlich an die Ordre der königlichen Bank-Agentur zu Posen girirt und am 17. Januar 1874 Mangels Zahlung protestirt worden war, ist dem **Paul Hochmuth** abhandeln gekommen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsel wird demnach aufgefordert, den Wechsel spätestens bis zum 15. Mai 1877 dem unterzeichneten Gericht vorzulegen, widrigenfalls der Wechsel für kraftlos erklärt wird.

Posen, den 22. Septbr. 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Vom 1. Februar c. tritt ein Nachtrag zu den Lokaltarifen der unterzeichneten Verwaltungen in Kraft, welcher

die Gebühren für Ueberführung von Frachtgütern in Wagenladungen zwischen den bezüglichen Breslauer Bahnhöfen festsetzt.

Der Nachtrag vom 1. September 1873 wird hierdurch aufgehoben. Die neuen Nachträge sind bei den Stations-Kassen zu haben.

Berlin, Breslau,

den 27. Januar 1877.

Königliche Direction

der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Directorium

der Breslau-Schweidnitzer Eisenbahn.

Königliche Direction

der Oberschlesischen Eisenbahn.

Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **Wladislaus Kalt** hierseits ist durch Afford beendet.

Gresen, den 27. Januar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Posen - Grenzburger

Eisenbahn.

Auf der bei Koussenbain am rechten Wartheufer eingerichteten Weiche können Wagenladungsgegenstände der ermäßigten Tarifklassen auf- und abgeladen werden; auch bietet die unmittelbare Nähe der Warthe daselbst Gelegenheit zu Wasserbefrachtungen.

Posen, den 29. Januar 1877.

Die Direktion.

In der hiesigen Gemeinde

ist ein noch gut erhaltener

Reichswagen zu verkaufen.

Pissa/Posen, den 30. Jan. 1877.

Der Vorstand

der Synagogen-Gemeinde.

Birken Reifstäbe.

Forstamt Krasnoslipka p

Rawica offerirt circa 150

Schock Birken Reifstäbe

von 3 bis 5 Meter Länge.

Dalchow,

Obersorfer.

Ein rentables Restaurant

(Vergnügungs-Ort) mit Badehaus, Re-

gelahn, Schmelz, Turnapparaten u.

1/2 Stunde von der Bahn und einer

gleichmäßig bedendenden Provinzial-Stadt

entfernt, an Chaussee in reizender Lage

gelegenen, mit ca. 95 Morgen ertrag-

reichen Boden und Wiesen, fast neuen

Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, mit

vollständigem Inventar, steht Verhält-

nisse halber unter günstigen Bedingun-

gen sofort zum Verkauf. Näheres in

der Expedit in dieser Zeitung.

Ein Landwirth sucht m. 7-10

Wille Thaler ein

Gut zu pachten,

oder ein kleineres zu kaufen.

Gef. Off. an J. Z. 8535 beil. art

Adolf Mosse, Berlin S.W.

